Volkswacht

FRIEDE FREIHEIT SOZIALISMUS

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 36 Pfennig Trägerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzei[illegible] 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, G[illegible]nlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., [illegible]en für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haup[illegible]e 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsste[illegible] 217 39, Redaktion Nr. 217 39. Postscheckkonto: Breslau 3852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, [illegible]n und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 – Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beilieg. Einzelnummer 10 Pf.

44. Jahrgang | Freitag, den 24. Februar 1933 | Nr. 44

Nazi verbrennen großes Mietshaus

Sie zünden es an, schießen hinein und werfen Bomben — Neun Familien verlieren alles — Alarmierung der Feuerwehr von SA. verhindert

In Großbeeren bei Berlin wurde in der Nacht zum Mittwoch nach einem nationalsozialistischen Fackelzug ein von neun erwerbslosen Familien bewohntes Gebäude gestürmt und angezündet. Das Haus ist bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Sämtliches Hab und Gut der neun Arbeiterfamilien ist von den rasend um sich greifenden Flammen zerstört worden. Sie haben nichts gerettet als das nackte Leben.

Der Ueberfall galt einem in diesem Hause wohnenden Arbeiter Schlombach, der früher dem Reichsbanner angehört hat. **Die Eindringlinge schossen zunächst durch ein Fenster der Wohnung des Schlombach, der am Bein getroffen wurde. Dann wurde die Wohnungstür mit Explosivkörpern aufgesprengt. Schlombach wurde am Fuß durch Splitter verwundet. In ihrer Not sprangen der Verwundete und seine Frau, nur mit dem Hemd bekleidet, aus dem ersten Stock auf die Straße. Dort wurde der blutende Mann auf der Flucht eingeholt, mit Totschlägern bearbeitet und liegen gelassen. Trotz der schweren Schuß- und Hiebverletzungen, gelang es Schlombach, sich in das Haus seines alten Vaters zu schleppen. Inzwischen wurde die Wohnung Schlombachs demoliert und angezündet. Das Feuer ergriff das gesamte Haus. Schreiend flüchteten neun Familien auf die Straße. Als die Feuerwehr eintraf, war die Arbeit der Brandstifter bereits vollendet. Die Obdachlosen lagen in der Nachbarschaft auf Böden und in Kellern. Ihr Unglück ist namenlos.**

Großbeeren ist ein Dorf bei Teltow. Am Dienstag veranstaltete dort die zum großen Teil aus der Umgegend zusammengezogene SA. einen Fackelzug. Anschließend fand eine von 400 Personen besuchte nationalsozialistische Versammlung statt, in der der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Schlange referierte. **Bereits während des Fackelzuges wurden oppositionell gesinnte Bewohner von SA.-Leuten geschlagen.** In der Versammlung wurde der 36jährige Erwerbslose Schlombach als ganz besonderer Schädling der „nationalen Bewegung" bezeichnet, der zwar zur Versammlung persönlich von den Nazis eingeladen, aber nicht erschienen war. Schlombach hat sich diesen Haß durch seinen Kampf gegen reaktionäre Verbände zugezogen.

Am Abend des Fackelzuges ermahnte Schlombach die erwerbslosen Mitbewohner seines Hauses, in der folgenden Nacht vorsichtig zu sein. Ein Drohbrief hatte ihm Anlaß zu Befürchtungen gegeben. Außerdem **hatten SA.-Leute bereits im vergangenen Juni versucht, seine Wohnung zu stürmen. Wiederholt waren in der Wohnung des Schlombach die Fensterscheiben eingeworfen worden.** Einmal wurde das elfjährige Kind der Eheleute Schlombach von einem Stein getroffen. Es erlitt einen Nervenchok. In der Nacht zum Donnerstag hatte es Schlombach außerhalb seiner Wohnung untergebracht. Es war eine kluge Voraussicht. **Gegen 2 Uhr nachts drang plötzlich ein Schuß durch das Fenster in den einzigen Wohnraum der Eheleute. Ein Kugelregen folgte, ein Scheinwerfer beleuchtete die Hausfront und eine dort angebrachte Kelter. Das Gewehr verwandelte die Tür durch einen Schrank. Krachend flogen kurz darauf die Splitter von Sprengkörpern durch die Türe und verwundeten Schlombach zum zweitenmal. Er und seine Frau retteten sich darauf durch den Sprung auf die Straße.**

Als das Haus zu brennen begann und die Bewohner schreiend in die eisige Winterkälte flüchteten, wollte ein in der Nähe wohnender Feuerwehrmann Alarm blasen. Er wurde von SA.-Leuten daran gehindert. Neun obdachlose Erwerbslosenfamilien sind das Opfer.

Preußens Staatsrat gegen die Verbote

Scharfer Protest gegen die Auflösung der Kommunalparlamente und des Landtags — Klage beim Staatsgerichtshof beschlossen — Notverordnung vom 6. Februar mit der Verfassung für unvereinbar erklärt — Aufhebung der Presse- und Versammlungsverbote gefordert

Der Preußische Staatsrat nahm am Donnerstag abend nach einer Erklärung des Zentrumsvertreters Dr. Seppelt, Breslau, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Kommunisten den Bericht des Verfassungsausschusses an. Mit der gleichen Stimmenzahl wurde ein kommunistischer Antrag angenommen, der die sofortige Aufhebung aller Versammlungs-, Demonstrations- und die Pressеverbote sowie alle Regierungs- oder Polizeimaßnahmen, die geeignet seien, die Wahlfreiheit zu behindern, fordert sowie schärfsten Protest einlegt gegen den einseitigen Mißbrauch des Rundfunks durch die Reichsregierung zur Wahlpropaganda für die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen.

Der Preußische Staatsrat erörterte in seiner Vollsitzung am Donnerstag die Verordnung über die Auflösung der Gemeindeparlamente, ferner die Verordnungen über die Neuwahlen zu den kommunalen Vertretungs-Körperschaften, über die Auflösung des Preußischen Landtags und über die Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen, sowie den Runderlaß des kommissarischen Innenministers über die Förderung der nationalen Bewegung und den Runderlaß an die Oberpräsidenten über die Einstellungs- und Beförderungssperre vor den preußischen Gemeindewahlen.

Der Berichterstatter Langemak (Arb.-Gem.) legte dem Hause die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vor. Sie lauten dahin, daß der Staatsrat beschließen möge: „1. die durch Verordnung vom 4. Februar 1933 verfügte allgemeine Auflösung aller kommunalen Vertretungskörperschaften widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Das „allgemeine Staatsaufsichtsrecht" und „die veränderte Einstellung weitester Bevölkerungskreise" geben nicht das Recht, entgegen den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen oder ohne solche die Auflösung zu verfügen. Der Staatsrat beschließt, die Auflösung derjenigen Wahlkörper, von denen die Mitglieder des Staatsrats gewählt sind (Provinziallandtage, Stadtverordneten-Versammlung in Berlin, Kommunallandtage für Hessen und Nassau sowie für die Hohenzollernschen Lande) durch Klage beim Staatsgerichtshof anzufechten. Der Präsident des Staatsrats wird beauftragt, das Weitere zu veranlassen. — 2. Die am 6. Februar 1933 erlassene Verordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen ist mit der Reichsverfassung und dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 nicht vereinbar. — 3. Die am 6. Februar 1933 durch den Präsidenten des Landtags und den Reichskommissar für das Land Preußen beschlossene Auflösung des Preußischen Landtags ist verfassungswidrig. — 4. Die im Amtlichen Preußischen Pressedienst mitgeteilten Runderlasse des Kommissars des Reichs für das Preußische Ministerium des Innern vom 10. und 17. Februar 1933 verstoßen gegen die Art. 109 und 114 der Reichsverfassung, da sie eine verschiedene Behandlung der Staatsbürger durch Staatsorgane anordnen. — 5. Der Amtliche Preußische Pressedienst vom 20. Februar 1933 gibt einen Erlaß des Kommissars des Reichs für das Preußische Ministerium des Inneren, Reichsministers Goering, an alle Polizeibehörden vom 17. Februar d. J. wieder. Ebenso liegt der Erlaß des Reichskommissars Goering vom 10. Februar 1933 vor.

Diese Erlasse entehren nicht nur weite Schichten des deutschen Volkes, sondern sie schaffen ganz offensichtlich zweierlei Recht, beeinflussen die Polizeibehörden in einseitigem Maße und schaffen dadurch eine Rechtsunsicherheit, die der Herstellung geordneter Verhältnisse im Lande Preußen widerspricht. Der Kommissar des Reiches für das preußische Ministerium des Innern, Reichsminister Goering, leitet seine Befugnisse aus der Autorität des Herrn Reichspräsidenten her. So lange diese Erlasse bestehen, finden sie mithin ihre Rechtsgrundlage ausschließlich in den dem Herrn Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung gewährten Vollmachten.

Der Staatsrat als die zur Zeit einzige in Preußen in Funktion befindliche Volksvertretung hält es für seine unabweisbare Pflicht gegenüber Volk und Vaterland, auf die schweren Gefahren und die unauslöschlichen Zeichen dieser Erlasse hinzuweisen, und fordert die sofortige Aufhebung dieser Erlasse. Er ersucht zu diesem Zweck den Präsidenten des preußischen Staatsrats, dem Herrn Reichspräsidenten die schweren Bedenken gegen den Fortbestand dieser Erlasse zu unterbreiten und den Herrn Reichspräsidenten persönlich zu bitten, für die Aufhebung der Erlasse Sorge zu tragen.

Bombenanschlag gegen ESD.-Zeitung

Auf die Geschäftsstelle unseres oberschlesischen Bruderblattes, des „Volksblattes" in Gleiwitz, wurde heute früh ein Bombenanschlag ausgeführt. Die Explosion war derart stark, daß die Fensterscheibe eines Bäckerladens auf der gegenüberliegenden Straßenseite durch den Luftdruck eingedrückt wurde. Die gesamte Einrichtung des Ladens wurde zerstört.

Als Täter kommen drei Leute in nationalsozialistischer Uniform in Frage, die von Zeugen gesichtet wurden, als sie sich eiligen Schrittes entfernten. Kurz nach der Explosion erschien der bekannte SA.-Mann Hirschmeiere, anscheinend um den Erfolg des Anschlages festzustellen.

Es wird noch nicht genug verboten

Neuer Erlaß Goerings — Goering fordert schärfere Handhabung der Presse-Notverordnung gegen die Oppositionspresse

Der Nazikommissar des Reichs im Preußischen Innenministerium Goering hat am Donnerstag wieder einen Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten herausgegeben.

In ihm heißt es, daß Herr Goering zu seinem Bedauern habe feststellen müssen, daß die Handhabe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Februar gegen Ausschreitungen der Presse nicht mit der Strenge angewandt würde, wie es angesichts der sich täglich steigernden Hetze in periodischen Druckschriften, Flugblättern und Plakaten der regierungsfeindlichen Parteien und Verbände erforderlich wäre. Er, Herr Goering, habe leider feststellen müssen, daß gegen den Reichskanzler und Mitglieder der Regierung beschimpfende und verächtlich machende Flugschriften und periodische Druckschriften in den Verkehr gelangt seien und geduldet würden, obwohl alle Voraussetzungen für die polizeiliche Beschlagnahme und Verbotsmaßnahmen gegeben seien. Er, Herr Goering, erwarte deshalb für die Zukunft von allen Polizeibehörden, daß gegen die „regierungsfeindliche" Presse nach Möglichkeit mit Schärfe und Unnachsichtigkeit vorgegangen werde. Beamte, die es hier an dem notwendigen Diensteifer fehlen ließen, werde Herr Goering künftig dienststrafrechtlich belangen lassen.

Und es hagelt neue Verbote

Der Berliner Polizeipräsident hat verboten: „Der Grundstein" (Deutscher Baugewerksbund) bis zum 1. Mai 1933, die national-revolutionären Wochenschriften „Die Aktion" bis zum 15. März, „Die junge Garde" bis 2. Mai, „Unsere Zeit" bis zum 21. August, „Tribunal" bis zum 17. April, „Gegen den Strom" bis zum 21. Mai, „Der rote Stern" bis zum 28. April und „Der rote Wähler" bis zum 21. April.

Auf Ersuchen des Reichsinnenministers ist am Donnerstag die sozialdemokratische „Volksstimme" in Mannheim auf acht Tage verboten worden. Verboten sind ferner die sozialdemokratischen Organe in Osnabrück und in Zeitz.

Kiel, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Der Kieler Polizeipräsident hat eine nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei wegen angeblicher Gefahr für die Ruhe und Sicherheit verboten. Zugleich verbot er Anschlagskästen des Kieler sozialdemokratischen Organs, in denen auf Grund des gegenwärtigen Verbots der Zeitung die neuesten politischen Meldungen bekannt gegeben wurden. Das Verbot erfolgte, weil uniformierte und geschlossen auftretende SS.- und SA.-Trupps vor den Anschlagkästen Unruhe provozierten.

Halle, 24. Februar. (Eigener Funkbericht.)

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat das „Hallesche Volksblatt" mit seinen Kopfblättern, die „Mansfelder Volkszeitung" und die „Freie Presse" in Bitterfeld für eine Woche verboten. Das Verbot erfolgte, weil die Polizei als Einrichtung des Staates angeblich beschimpft und böswillig verächtlich gemacht worden sein soll.

Stuttgart, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Die sozialdemokratische „Schwäbische Tagwacht" hat vom württembergischen Innenministerium eine Verwarnung erhalten, weil sie in ihrer Montag-Nummer aus einer im Sächsischen Landtag gehaltenen Rede des Abg. Böchel Ausführungen abgedruckt hat, die sich mit einer Störung der deutsch-schwedischen Handelsbeziehungen durch das bekannte Telegramm des Reichsministers Goering an eine schwedische Zeitung befaßten.

In der Begründung der Verwarnung stellt sich das Innenministerium auf den Standpunkt, daß es sich bei diesem Abdruck nicht um eine zusammenhängende parlamentarische Berichterstattung gehandelt habe, sondern daß aus der Rede bestimmte Teile herausgegriffen worden seien.

* * *

Eine kommunistische Wahlkundgebung, die am Donnerstag abend im Berliner Sportpalast stattfand, wurde nach zweieinhalbstündiger Dauer durch die Berliner Polizei für aufgelöst erklärt, als der bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Pieck die Einführung des Religionsunterrichts in den Berufs- und Fachschulen kritisierte. Der überwachende Kriminalbeamte erblickte in einer Aeußerung Pecks eine Verächtlichmachung der Religion und erklärte die Versammlung für aufgelöst.

In Essen wurde eine Wahlversammlung der Sozialdemokratischen Partei mit Scheidemann als Redner polizeilich aufgelöst.

Schon die Ankündigung der Versammlung veranlaßte die Nazis zu einer maßlosen Hetze. Sie forderten ihre Anhänger auf, die Kundgebung auf jeden Fall zu verhindern. Ein „Landesverräter" dürfe in Essen niemals reden. So kam es schon zwei Stunden vor dem für den Beginn der Versammlung angesetzten Termin zu wüsten Prügelszenen. Etwa fünfzehn Mitglieder der Eisernen Front wurden mißhandelt und zum Teil schwer verletzt. Einige mußten ins Krankenhaus geschafft werden. Unterdessen rückten immer neue Trupps der SA. heran, so daß die Polizei die Kundgebung schließlich schon vor Beginn auflöste, weil die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet sei.

Entlassen!

Der Mörder des sozialdemokratischen Bürgermeisters Kaden, der siebzehnjährige nationalsozialistische Gymnasiast Matthes, ist auf Anordnung des Oberstaatsanwalts aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Der Haftbefehl ist aufgehoben, „da dessen Voraussetzungen nicht mehr vorliegen". Kommentar verboten!

Neue Waffenschiebung in Oesterreich geplant

Generaldirektor der Bundesbahnen versucht Eisenbahnergewerkschaft zu bestechen — Er wurde entlassen

Wien, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Generaldirektor der österreichischen Bundesbahnen ist überführt, daß er die Eisenbahnergewerkschaft bestechen wollte, um die Verschiebung der in Hirtenberg lagernden italienischen Waffen nach Ungarn zu ermöglichen. Der Generaldirektor ist von der Regierung sofort entlassen worden.

Am Mittwoch hat der Chef der österreichischen Bundesbahnen den Führer der freien Eisenbahnergewerkschaft, König, gebeten, die in Hirtenberg lagernden Waffen „irrtümlich durch falsche Weichenstellung" an die ungarische Grenze zu leiten. Dort sei alles bereit, die Waggons zu entladen und die leeren Waggons wieder mit falschen Plomben nach Italien zu senden, so daß es den Anschein habe, daß die Waffen nach Italien zurückgelangt seien. Zur Durchführung dieses Planes sollte die freie Gewerkschaft etwa 75 000 Mark Schmiergeld erhalten. Der Führer der sozialdemokratischen Eisenbahner benachrichtigte die Sozialdemokratische Partei, die ihrerseits die österreichische Regierung unterrichtete und ihr mitteilen ließ, daß es keinen sozialdemokratischen Eisenbahner gebe, der sich zu einer solchen Schiebung hergebe.

Heinigs Osthilfebroschüre verboten

Obwohl sie auf amtlichem Material beruht — Auch Nazi-Abgeordneter Graf Reventlow bestätigt den Osthilfe-Skandal — Auch die Nazis lieferten Heinig Material

Der Polizeipräsident von Berlin hat eine Broschüre des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Heinig, des Berichterstatters des Untersuchungsausschusses über den Osthilfe-Skandal für den Bereich des Freistaates Preußen verboten, „weil durch den Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird".

Abg. Heinig schreibt uns dazu unter anderem, daß sein in der Broschüre veröffentlichtes Material, soweit es Zahlen enthält, sich ausschließlich aus amtlichen Angaben zusammensetzt. Sie stammen ausnahmslos aus dem Reichskommissariat für die Osthilfe und wurden sämtlichen Mitgliedern des Haushaltsausschusses vorgelegt. Die Angaben über einzelne Fälle stammen ebenfalls ausschließlich aus den Beratungen des Haushaltsausschusses und sind, wie die Protokolle des Ausschusses ausweisen, von den Vertretern des Reichskommissariats für die Osthilfe bestätigt worden. Die Richtigkeit dieser Feststellungen beweisen die Protokolle des Ausschusses. Richtig mag sein, daß die öffentliche Feststellung des Osthilfe-Skandals bestimmten Kreisen unangenehm ist. Das ändert nichts daran, daß die Verurteilung des Skandals, ohne Unterschied der Partei, gleicherweise eindeutig und scharf ist.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow veröffentlichte unangefochten in seinem Berliner „Reichswart" einen Artikel, in dem er feststellte, daß für den Osthilfe-Skandal „das Wort Korruption in keiner Weise zu scharf, noch irgendwie unzutreffend" ist. Weiter sagte er: „Der Skandal der sogenannten Osthilfe fällt der Regierung zur Last, deren einschlägige Organe, anstatt dem Gemeinnutz der Nation zu dienen, dem Eigennutz einer Kaste in empörender Bereitwilligkeit und verschwiegenem Einverständnis entgegengekommen sind". Reventlow fügte hinzu, „das korruptive Element bleibt bedenklich und ekelhaft, unwürdig und beschämend, ganz besonders auf dem düsteren Hintergrunde einer Volksverelendung, die noch nie so groß gewesen ist, wie jetzt seit dem Jahre 1931".

Die Empörung über den Osthilfe-Skandal war bei seiner Erörterung im Haushaltsausschuß des Reichstages so groß,

daß mir auch von nationalsozialistischer Seite entsprechendes Material angeboten worden ist.

Dennoch wurde meine Broschüre in Preußen verboten, „weil durch den Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird".

Regierungserklärung gegen Gerüchte — von Nazi-Führern

Angeblich keine Gehaltskürzung geplant

Das in Beamtenkreisen umlaufende Gerücht, daß eine allgemeine Kürzung der Beamtengehälter beabsichtigt sei, wird amtlich als unzutreffend bezeichnet. Das Gerücht sei offenbar in böswilliger Absicht ausgestreut worden. Gegen seine Verbreitung werde mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Schon vor einer Woche hatte der deutschnationale Beamtenausschuß von der Regierung eine offizielle Erklärung über ihre Beamtenpolitik verlangt, ohne daß dieser Forderung bisher entsprochen worden wäre. Inzwischen haben sich die umlaufenden Gerüchte durch Vorgänge im Lippeschen Landtag verstärkt. Dort hat der Fraktionsführer der Nationalsozialisten anläßlich der Beratung eines nationalsozialistischen Antrages auf Kürzung der Gehälter über 6000 Mark erklärt, daß die Reichsregierung ohnehin in nächster Zeit wahrscheinlich eine Neuregelung der Beamtengehälter vornehmen würde.

Eine positive Stellungnahme der Reichsregierung zu den Gerüchten ist umso notwendiger, als die Gehaltskürzungen auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 und vom 8. Dezember 1931 bis zum 31. Januar 1934 befristet sind. Auch die Arbeitslosenhilfe, die zwar nicht nur die Beamten, sondern alle Arbeitnehmer betrifft, läuft am 31. März 1933 ab. Schon bei der Aufstellung des Etats für das Rechnungsjahr 1933 muß also eine Entscheidung gefällt werden, inwieweit die Beamtengehaltskürzung und die Arbeitslosenhilfe aufrechterhalten wird oder nicht. Gerüchte lassen sich am ehesten durch Tatsachen beseitigen. Je eher die Regierung also ihre Absichten bekannt gibt, um so besser ist sie vor Gerüchten geschützt.

Auch meine Mutter freute sich nicht!

14) Fehltritte eines bayrischen Mädchens

Von Eva Leidmann

Copyright 1932 by Zinnen-Verlag Basel, Leipzig, Wien

Als Daibai plötzlich ihren Mund jählich verzog, nahm ich mir vor, ihr Herrn Mandel auf alle Fälle auszuspannen, und, falls ich einmal Kellnerin sein sollte und sie als Gast an meinem Tische säße, über ihrem Kleid eine recht fette Bratensauce auszugießen.

Herr Mandel, der uns wohl absichtlich allein gelassen hatte, holte uns endlich ab. Wir fuhren heim und die Geistige blieb leider den ganzen Abend bei uns. Sie sprach von Hemmungen, Komplexen, Individuellem, Originellem und vielem Innen, während sie mit Emil Blicke ziemlich ungehemmter Art austauschte, sobald er ins Zimmer trat.

Ich dachte natürlich nichts anderes, als daß mein Vetter, Herr Mandel, heute von mir einen Kuß verlangen würde, sobald Daibai verschwunden war. Nach dem, wie er mich immer so lieb ansahnte. Aber nichts derartiges geschah. Cecil Mandel war zu fein. Er wollte meine Lage nicht ausnutzen, wie er mir nach Jahren gestand, wo es zu spät war, weil ich da keine Lust mehr hatte. Herr Mandel wollte mich sogar heiraten. Jedoch, ein bayrisches Mädchen, das seinen Vater hat, denkt an sich selbst zuletzt.

Vor Wut und Entrüstung heulte ich im Bett, und ich hätte diese Daibai vergiften können. Sie war die Ursache, daß mein lieber Mandel so verstockt war.

Zur Strafe kam Daibai jetzt sehr selten zu uns, und wenn sie kam, ging ich aus. Einmal, als ich im Vorzimmer Korbes spazieren ging, begegnete mir der Doktor, mein erster Verehrer aus der Münchener Verkehrsschule. Er kannte mich wieder, trotzdem ich so fein angezogen war. Er ging auf mich zu und sagte: „Du scheinst heute Anlaß zu haben, noch eine ganz gute Morgen-Stimmung zu haben. Weißt du, daß du mit noch eine Nacht fröhlich bist?"

Ich antwortete ihm, daß er die Schuld ruhig in den Kamin schreiben solle, und daß ich mit Leuten wie mit ihm nichts zu tun haben wolle. Dieser Doktor mußte wirklich ein großer Fallott sein, sonst hätte er mich nicht an die sechs Weißwürste und an den Liter Bock erinnert, die ich auf seine Kosten gegessen und getrunken hatte.

Meine Zeit, die ich im Hause Mandel verbrachte, war genau eingeteilt. Ich mußte täglich vier bis fünf Seiten in einem Buch lesen, damit ich eine anständige Aussprache bekäme und mich dann mit meinem Freund darüber unterhalten. Diese Bücher interessierten mich lange nicht so, wie mich die Romanhefte der Frau Inspektor interessiert hatten; aber gebildet wollte ich nun auch werden. Bei schönem Wetter fuhren wir über Land. Aber nicht zum Vergnügen, sondern zum Malen. Ich hatte auch chauffieren gelernt. Madame Daibai konnte es nicht. Sie war in der praktischen Prüfung durchgefallen. Wir hatten denselben Lehrer und der konnte mich gut leiden. Er fragte mich einmal, ob er mir nicht einen großen Gefallen tun könnte, zum Beispiel Heiraten, weil er eine Frau sehr gut ertragen könnte. Ich sagte, er sollte mir erst einmal beweisen, wie weit seine Worte auf Wahrheit beruhten. Und dann ließ ich so durchblicken, daß ich Frau Daibai nicht ausstehen konnte und daß sie nie die Nerven zum Stadtischen haben würde, und daß es direkt ein Unglück sei, eine so seelische Person auf die Menschen loszulassen. Bei der Prüfung fuhr sie denn auch mitten in eine Gemüsefrau hinein, der aber nichts weiter passiert war; nur Madame war sehr nervös geworden, daß sie gleich einen danebenstehenden Schutzmann anfuhr. Somit war sie in der „Praktischen" durchgefallen. Herr Mandel fand es unbegreiflich, Daibai war wütend. Ich freute mich.

Herr Mandel malte kein Bild mehr ohne mich als Modell. Die Geistige durfte nicht dabei sein, weil Herr Mandel von niemandem in der Arbeit gestört sein wollte, außer von mir. Wenn er Pause machte, legte ich mich neben ihn und schaute sein schönes Gesicht an und seine dunklen Augen. Dann seufzte mein Freund, lächelte, streichelte meinen Kopf und sagte: „Süß bist du" — aber sonst geschah nichts. Einmal fragte ich Cecil — er mochte gern, wenn ich viel fragte — woher er eigentlich stamme. Ich nannte zwei Völker: Bayern und Preußen. Herr Mandel schien mir mehr das eine noch das andere zu sein. Er antwortete auf meine Frage: „Ich bin Jude, hast du das nicht gemerkt?"

„Ein richtiggehender Jude sind Sie?" — Ich kannte ja einen Juden. Herrn Blumenkohl aus Altötting, der den größten Rosenkranz- und Reliquienladen im ganzen Gnadenort inne hatte. Sein Geschäft lag direkt neben der heiligen Kapelle, und es war das beste. Blumenkohl hatte sich nämlich taufen lassen und deshalb unterstützte ihn die heilige Maria persönlich. Die Konkurrenz bedauerte sehr, daß sie keine Juden waren und sich nicht taufen lassen konnten; denn dann würde ihr Geschäft ebenso gut gehen wie das von Herrn Blumenkohl. Mir hatte Herr Blumenkohl einmal einen echt versilberten Rosenkranz geschenkt, weil ich so „bechaint" wäre. Leider befand sich das teure Andenken in meiner verlorenen Pappschachtel, sonst hätte ich es Herrn Mandel für seine christliche Sammlung geschenkt.

Diese Geschichte freute Herrn Mandel besonders. Mir fiel aber etwas sehr Trauriges ein. Wenn Herr Mandel Jude war, dann konnte er mich am Ende nicht heiraten, und so weit wollte ich es doch bringen. Aber erst mußte ich ihm imponieren, und das konnte ich nur, wenn ich eine tüchtige Kellnerin wurde in einem großen Bräuhaus; denn die bayrischen Kellnerinnen machen lauter große Partien, meistens heiraten sie Staatsminister.

In einem Punkt war mein Vetter komisch. Er konnte nicht ausstehen, wenn ich auf meine Sparkasse zu sprechen kam. Sonst war ihm nichts für mich zu teuer. Ich hatte die schönsten Kleider, zwei Pelzmäntel, Sprachlehrer und Stunden; aber sobald ich von meinem Schwein mit Lorbeerkranz um den Bauch oder einem Ofen, worin bis hundert Mark Platz hatten, zu reden begann, wurde Herr Mandel verstimmt. Er konnte mich dann stundenlang nicht ausstehen, das merkte ich deutlich. Es kam daher, weil Herr Mandel die Psychologie eines bayrischen Mädchens, das keinen Vater hatte, doch nicht bis in die letzten Falten verstand und nicht so genau kannte, wie er sich einredete, oder vielmehr, wie ihm seine geistige Freundin einzureden versuchte.

Einmal sagte Herr Mandel, nachdem ich wieder dezent auf die Sparkasse zu sprechen kam, denn in diesem Punkt war ich sehr beharrlich, er habe mir schon längst ein Bankbuch angelegt, und ich sollte ihn endlich mit dieser Angelegenheit in Ruhe lassen. Das Bankbuch bekäme ich einstweilen nicht in die Finger, damit ich es an keine Mathilde weggeben könne, denn diese Gefahr würde bei mir bestehen. Aus diesem Grund freute mich das ganze Bankbuch nicht.

An einem Mittwoch, so um halb fünf — wir zeichneten gerade sehr fleißig Akt — meldete Emil: „Herr Schorsch Feil."

(Fortsetzung folgt.)

Acht überfüllte Kundgebungen der Eisernen Front

Erwerbslosenkundgebung mit Parallelversammlung am Vormittag — Sieben Versammlungen am Abend — Nölting und Grzesinski haben das Wort — Nazi-Sprengkolonnen im Schießwerder erhielten die dementsprechende Quittung — Kundgebung im Schießwerder und in Hundsfeld eine Stunde nach Beginn polizeilich aufgelöst — Sonntag demonstriert die gesamte Breslauer Arbeiterschaft

Der Ruf: Nölting spricht Donnerstag vormittag in einer Erwerbslosenversammlung hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Der Saal des Gewerkschaftshauses war schon lange vor Beginn brechend voll, so daß sich schließlich die Polizei genötigt sah, den immer noch in Massen anströmenden Arbeitslosen den Zutritt zu verwehren. Neben Kameraden der Eisernen Front waren auch viele Anhänger der Kommunistischen Partei und der SAP. erschienen.

Stürmisch wurde

Genosse Dr. Nölting

begrüßt. Er wies einleitend darauf hin, daß es nicht mehr möglich sei, die Dinge so zu nennen, wie es notwendig erscheine. Wenn er deshalb nur von seiner Exzellenz, dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler sprechen werde, so möge daraus niemand den Schluß ziehen, daß er seine Einstellung gegenüber dem einstigen Führer der Nazipartei etwa geändert habe. Es muß in den Versammlungen der Sozialdemokratie nun wieder von den Zuhörern besser darauf geachtet werden, das ungesprochene Wort zu verstehen, denn nur die Form des Wortes kann von der Zensur umkrallt werden, nicht aber das, was sich aufmerksame Versammlungsteilnehmer aus dem zugelassenen Wort entnehmen. Wenn es so weiter geht, dann würden eben in unseren Versammlungen nur Märchen erzählt werden müssen, etwas das vom Dornröschen, das aus dem Schlafe wach geküßt wurde. Jeder wird sich dann vorstellen müssen, daß mit dem Dornröschen die deutsche Freiheit gemeint sei.

Die politische Entwicklung in Deutschland hat dazu geführt, daß die Schaukelpolitik der „Arbeiterpartei" vor die Frage gestellt worden ist, sich für Kapitalismus oder Sozialismus zu entscheiden. Nun, da sich die „Arbeiterpartei" mit der Reaktion verbrüdert hat, ist die Barauslage der Sozialdemokratie über das innere Wesen der NSDAP. eingetroffen.

Ausgezeichnete, scharf geschliffene Formulierungen fand der Redner, als er sich mit den Thesen vom „Kampf gegen den Marxismus" und den „Novemberverbrechern" auseinandersetzte. Wer da behauptet, wir hätten eine vierzehnjährige marxistische Mißwirtschaft hinter uns, dem muß erklärt werden, daß er eine märchenhafte Vorstellung vom Marxismus haben muß.

Hätten wir vierzehn Jahre Marxismus in Deutschland gehabt, dann wäre die Schlüsselindustrie verstaatlicht, der Großgrundbesitz enteignet und auch die Fürstenabfindung gestrichen worden. Dann hätten die Großkapitalisten aller Schattierungen heute keine Millionenvermögen mehr und dann wäre die „Arbeiterpartei" bestimmt nicht in die Lage gekommen, die riesigen Subventionen ihrer kapitalistischen Geldgeber in Empfang zunehmen, mit denen sie großgepäppelt wurde.

Selbst der heutige Reichskanzler müßte überdies die Tatsache anerkennen, die mit den „Novemberverbrechern" zusammenhängt. Hätte es keinen November 1918 gegeben, wären die Hohenzollern und mit ihnen das absolutistische System an der Macht geblieben, dann würde man dem Herrn Reichskanzler den Makel seiner kleinbürgerlichen Herkunft genau so wenig verziehen haben, wie man in der damals von dannen gejagten Adelsclique dem Sattler Ebert seine proletarische Herkunft zum Vorwurf machte. Wenn Herr Hitler in der demokratischen Republik das Kanzleramt erobern konnte, dann dankt er das immerhin einigen Taten der Arbeiterklasse, die heute merkwürdigerweise als Novemberverbrechen deklariert werden.

Zum Zehnjahresplan gegen den Marxismus wies der oft von stürmischem Beifall unterbrochene Redner auf das Sozialistengesetz hin, das nicht nur zehn, sondern sogar zwölf Jahre bestanden habe. Die, die es treffen sollte, die waren aber in den zwölf Jahren nicht vernichtet worden, sondern hatten vielmehr große Massen neu um sich geschart. Der aber, der dieses Gesetz verhängt hatte, der zog sich zurück in den Sachsenwald. Ein gleiches Schicksal werde der Zehnjahresplan des Jahres 1933 erleben, denn die Arbeiterklasse, die in den nächsten Wochen des Schöpfers des Marxismus an seinem fünfzigsten Todestage gedenken wird, hat mit ihm einen Toten unter sich, der lebendiger ist, als mancher der heute Lebenden.

Würde man in einem Nachbarstaat Deutschlands, der deutsche Minderheiten innerhalb seiner Grenzen beherbergt, einen Plan verkünden, etwa der Form, daß die Deutschen innerhalb des Landes im Laufe von zehn Jahren vernichtet werden müßten, dann würde die ganze Welt aufhorchen. In Deutschland aber kann ein nationaler Führer einen Vernichtungsplan verheißen, der sich gegen eigene Volksgenossen richten soll, bloß, weil sie eine andere Auffassung über die Beseitigung ihrer Not und ihres Elends haben, wie eben die andern.

Immer wieder rauschten Beifallsstürme durch den Saal und als abschließend Genosse Nölting über den Nichtangriffspakt der SPD. gegen die anderen Arbeiterparteien sprach, da konnten sich auch die nichtsozialdemokratischen Zuhörer seinen Argumenten nicht entziehen.

Obwohl anschließend eine Aussprache stattfinden sollte, verzichteten die anwesenden andersdenkenden Arbeiter darauf, weil sie eben den Ausführungen nichts, aber nichts hinzuzufügen gehabt hätten. Unter lebhafter Begeisterung und stürmischen Freiheitsrufen ging die Versammlung auseinander.

Im Zimmer 7/8 war schnell eine Parallelversammlung einberufen worden, in der Genosse Swolinzky vor mehreren hundert Erwerbslosen sprach, die nicht mehr in den Saal hineingelassen werden konnten. Auch diese Versammlung nahm einen begeisternden Verlauf.

* * *

Was sich am Mittwoch in verschiedenen Städten der Provinz abgespielt hat, das hat sich am Donnerstag abend in der Riesenversammlung der Eisernen Front im Schießwerder wiederholt. Die Heimtückischen hatten einen ausgeklügelten Plan zur Sprengung der Versammlung entworfen und mit ihrem ganz unmotiviert losbrechenden Klamauk auch erreicht, daß die Versammlung sofort von der Polizei aufgelöst wurde.

Etwa 3000 Männer und Frauen waren erschienen, der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, schließlich wurde auch die Galerie freigegeben, auf die jedoch nur Angehörige der Eisernen Front Zutritt erhielten, da es schon vor Beginn der Versammlung bekannt geworden war, daß SA.-Horden in Zivil erschienen waren. Versammlungsteilnehmer erkannten diesen oder jenen SA.-Strolch aus ihrem Wohnviertel und der Versammlungsleiter, Kamerad **Alexander**, nahm deshalb auch mit mehreren Herren der überwachenden Polizei Rücksprache. Es wurde zugesichert, daß Störenfriede der Versammlung von der Polizei an die frische Luft gesetzt werden würden.

Lebhaft begrüßt wurde

Genosse Grzesinski

Nach dem Fahneneinmarsch wies Kamerad Alexander darauf hin, daß die etwa im Saal vorhandenen „aufbauwilligen Kräfte" ihr Eintrittsgeld zurückverlangen möchten, weil die Polizei zugesichert habe, jeden Störenfried zu entfernen.

Nach dieser eindringlichen Warnung nahm Genosse Grzesinski das Wort und ging in längeren Ausführungen auf die nutzlose Verfolgung der Sozialdemokratie in der Vorkriegszeit ein. Die Sozialdemokratie werde nicht durch Mitgliedsbücher, Karteikarten oder einen Führer zusammengehalten, sondern die Arbeiterklasse werde durch die Erkenntnis ihrer Klassenlage zusammengeschweißt und auch eine brutal zur Verfolgung mobilisierte Staatsgewalt würde höchstens den äußeren Rahmen zu zerbrechen vermögen. Ausführlich beschäftigte sich der Redner dann mit den Proleten, die in ihrer Not glauben, den Nazis nachlaufen zu müssen. Wenn sie erst wieder einmal in Arbeit stehen werden, würden sie den gleichen Druck der kapitalistischen Ausbeutung zu spüren bekommen, wie die Marxisten und sehr bald würde sich die Erkenntnis des klassenmäßigen Zusammengehörigkeitsgefühls wieder Bahn brechen. Zu dem Thema „Novemberverbrecher" kam er dann auf die Volksrechte zu sprechen, die 1918 dem Volke gegeben wurden und die vorher für das werktätige Volk nicht vorhanden waren. Man könne höchstens annehmen, daß verschiedenen „Arbeiterführern" diese Volksrechte heute ein Dorn im Auge sind.

Bei diesen Ausführungen kam Genosse Grzesinski auf das Frauenwahlrecht zu sprechen. Pünktlich um 21 Uhr sprang bei diesen Worten vom Frauenwahlrecht ein in der Nähe der Tür sitzender Mann von seinem Stuhl, schrie ganz unmotiviert: „Dem Arbeiterführer Adolf Hitler ein dreifaches Sieg Heil!" und etwa 150 in seiner Nähe sitzende Strolche sprangen ebenfalls von ihren Stühlen, stimmten in das Heilrufen ein und stürzten sich sofort auf die andersdenkenden Versammlungsteilnehmer, die in ihrer Nähe saßen. Koppel und Schulterriemen waren im Augenblick unter der Zivilkleidung hervorgeholt und die Banden stürmten nun auf die an den Ausgängen stehenden Kameraden der Eisernen Front, um das Freie zu gewinnen. Die angegriffenen Kameraden setzten sich selbstverständlich zur Wehr.

Während sich so in der Nähe des Ausganges eine Schlägerei entwickelte, trat der auf der Bühne neben einem Kriminalbeamten sitzende Polizeihauptmann Römer hervor und rief in den Saal, daß die Versammlung aufgelöst sei.

Die prügelnden Nazis wurden von den sich zur Wehr setzenden Arbeitern schließlich aus dem Saal hinausgedrängt, wobei verschiedene Scheiben zu Bruch gingen und auch Stühle zerschlagen wurden. Die SA.-Horden sammelten sich nunmehr vor dem Lokal und im Garten zeigte sich, daß inzwischen auch fünfzig uniformierte Versammlungssprenger angerückt waren. Mit dieser Verstärkung wollten die Banden nun erneut in den Saal stürmen, sowohl vorn an dem Eingang, wie auch an dem hinter der Bühne liegenden Eingang. Die empörten Arbeiter setzten sich aber auch diesem Angriff entgegen und nun ging auch die Polizei gegen die neu vorstürmenden Nazi-Gruppen mit dem Gummiknüppel vor.

Von der Polizei wurde sodann im Garten des Schießwerders ein Raum abgeriegelt, in dem die SA. antrat. Im Saale, in dem noch die Mehrzahl der Versammlungsbesucher darauf wartete, an die Ausgänge zu kommen, erschien plötzlich ein Zivilnazi unter starker Polizeideckung. Er stellte sich mitten in den Saal und rief nach der ebenfalls noch besetzten Galerie: „SA. alles heraus. Im Garten wird angetreten!" Nach dieser Befehlsausgabe wurde der Führer des Sprengkommandos wieder unter der gleichen starken Polizeisicherung hinausgeleitet. Auf der Galerie hatten sich Verbrechertypen seiner Art nicht einnisten können. Nunmehr begann ein großes Polizeiaufgebot den Saal zu räumen und die Massen der Versammlungsbesucher leisteten den Aufforderungen der Beamten auch diszipliniert Folge, so daß nirgends Veranlassung vorlag, einzuschreiten.

Einige anwesende Arbeiter-Samariter mußten einer Anzahl Leichtverletzter, die zumeist durch Schläge dieser verirrten Horden getroffen worden waren und blutende Verletzungen erlitten hatten, die erste Hilfe leisten.

Die Versammlungssprenger waren für ihr Vorhaben entsprechend ausgerüstet und verbanden selbst ihre Verletzten. Inzwischen schaffte die Polizei auch eine Anzahl festgenommener Leute fort.

Wie weitgehend die Versammlungssprengung vorbereitet war, konnte man nach einiger Zeit in der Umgegend des Schießwerders bemerken. **Gegen 21,30 Uhr marschierte eine Kolonne von etwa 200 uniformierten SA.-Helden in die Rosenthaler Straße ein in der Richtung nach dem Schießwerder.** Um die gleiche Zeit rückte eine weitere Kolonne durch die Schmiedebrücke in der Richtung Schießwerder an. Man hatte also überall die Horden mobilisiert und wahrscheinlich zum gleichen Zeitpunkt, da der Brüller im Saal das Signal gab, an ihren Sammelpunkten in Marsch gesetzt.

Der Regierungsbericht

Auf Anordnung aus dem preußischen Innenministerium darf die Polizei einen Bericht über Vorfälle, wie die gestrige wohlorganisierte Versammlungssprengung durch Nazihorden, nicht mehr herausgeben. Diese Bericht-Herausgabe hat jetzt die vorgesetzte Instanz zu besorgen. Die Regierung gibt daher folgende amtliche Darstellung:

Anläßlich der öffentlichen Kundgebung der Eisernen Front am 23. Februar in Breslau kam es während der Rede des Polizeipräsidenten z. D. Grzesinski im großen Saale des Schießwerders zwischen Angehörigen der Eisernen Front und der NSDAP. zu Zusammenstößen, so daß die Versammlung wegen Unfriedlichkeit aufgelöst werden mußte. Eine Anzahl Personen wurde verletzt.

Den Kommentar zu diesem „amtlichen Bericht" müssen sich angesichts der Presseverordnung die Leser selbst machen.

In Hundsfeld

war das Lokal des „Blauen Hirsch" ebenfalls überfüllt. Hier sprachen Genosse **Bretthorst** und Genossin Toni **Zimmer**. Auch hier versuchten 70 bis 80 Nazis, die Versammlung durch Singen und Lärmen zu stören, was ihnen auch gelang, da die Polizei merkwürdigerweise nichts tat, um diese systematischen Ruhestörer zu entfernen und, ohne abzuwarten, ob sich die Versammlung wieder beruhigen würde, sie einfach auflöste. Desto eifriger zeigte sie sich bei der Ueberwachung des Referenten, dem sie eine Verwarnung zuteil werden ließ, da er bei Hitler das Prädikat „Reichskanzler" beizufügen vergaß.

In Hartlieb

ein ebenfalls völlig überfüllter Saal. Nazis versuchten außerhalb des Lokals ein wenig zu stänkern, verdufteten sich aber, als sich einige Reichsbannerkameraden mit Gardemaß und nicht allzu kleiner Handschuhnummer zeigten. Hier spricht zunächst, stürmisch auch hier begrüßt, Genosse **Nölting**. Genossin **Thomas-Franz** findet die rechten Worte an die Frauen und Genosse **Kukielczynski** ruft noch einmal zum letzten Kampfantritt auf. Die Schönborner Reichsbanner-Kapelle füllte mit ihrem Spiel die Pausen aus.

In Neukirch

war die Arbeiterschaft bei Laugwitz zusammen. Dicht gedrängt die Zuhörer. Hier steht die Arbeiterschaft fester und geschlossener als anderswo, also ist auch kein Nazi weit und breit zu sehen. Temperamentvoll spricht zu ihnen Genossin **Prochownik**, und mit

Der Wille zur Gesundheit
und die Kultur des Geschmacks verlangten zu Beginn des Jahrhunderts eine Lösung des Kaffeeproblems.
Den Geschmack, das Aroma, die Anregung galt es zu erhalten, die Aufregung, deren Ursache nur das Coffein sein kann, dagegen auszuschalten.
Kaffee Hag hat dieses Problem gelöst. Er wurde geschaffen, weil die Zeit ihn verlangte.

Immer daran denken: Wir kommen wieder!

Landtagsabgeordneter Erich

Kuttner-Berlin

spricht Sonntag, den 26. Februar, 10.30 Uhr, im

Zirkus Busch und Gewerkschaftshaus

Einlaß 9.30 Uhr / Konzert

Eintritt 35 Pf., reserv. Plätze 1.- Mk. Karten zu hab. i. d. Volkswachtbuchhdlg., Fluratr. 4 u. d. Organisat. d. Eisernen Front. Mitglieder, Rentner u. erwerbsl. Nichtmitgl. gegen Ausw. 20 Pf. Kart. zu hab. i. d. Volkswachtbuchhdlg., Fluratr. Büro d. SPD., der Gewerkschaften, der Arbeiterbibliothek und am Bäckett d. Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17 sowie i. Büro des Reichsbanners, Gartenstr. 26. Erwerbslose Mitglieder 10 Pf. Karten nur bei den Organisationen.

Die Kampfleitung der Eisernen Front für Groß-Breslau

aller Deutlichkeit und Schärfe, wie es eben heute noch die Notverordnungen erlauben, geht Genosse **Kremier** mit den Nazis zu Gericht. Auch diese Versammlung war ein voller Erfolg für die Eiserne Front.

Bei Exner, Mauritiusplatz

bereits lange vor Beginn der Kundgebung ein überfüllter Saal, so daß alle Nebenräume noch in Anspruch genommen werden mußten. Zwei Spielmannszüge des Reichsbanners sorgen für Unterhaltung. Dann spricht Genossin **Bittner** und anschließend Genosse **Swolinzky**. Beifall zum Schluß und am Ende der Reden bewies die große Einstimmigkeit der Versammlung mit den Ausführungen der Redner. Zu Störungen ist es nicht gekommen, es würde auch solchen Ruhestörern gerade hier schlecht bekommen sein.

Im Jägerhof

war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Polizei nahm bei einem Teil der Versammlungsbesucher beim Betreten des Saales eine Durchsuchung nach Waffen vor, doch wurden solche nicht gefunden. Nach dem Fahnenmarsch behandelte Genosse Winzer das Thema des Abends. Im Anschluß an den Vortrag richtete Genossin **Reventlow** noch eine besondere Aufmunterung an die Frauen, am Tage der Wahl und bis zur Wahl an der Seite der Männer ihre Pflicht zu tun. Inzwischen traf die Kunde von der Störung der Versammlung im Schießwerder und deren polizeiliche Auflösung ein. Bald erschien auch Genosse **Nölting**, der nach der Versammlung in Hartlieb als zweiter Redner im Schießwerder hatte sprechen sollen. Er wurde mit ungeheurem Jubel begrüßt. Er wies darauf hin, daß nach Hitlers Rede die 14 Millionen Marxisten „vernichtet" werden sollen. Was würden die Nationalisten wohl sagen, wenn man in der Tschechoslowakei, in Polen und Italien 14 Millionen der deutschen Minderheiten vernichten wollte? Wenn aber in Deutschland ein Kanzler so spricht, gilt das als national. Genosse Nölting beschloß seine Rundfunkbetrachtungen unter ungeheurem Beifall mit den Worten: „Auf Wiederhören, Herr Reichskanzler, am 5. März!"

Bei Wollin

gab es eine vollkommen überfüllte Kundgebung. Konzert des Reichsbanners, Fahneneinmarsch, zwei wuchtige Chöre des Männerchors Breslau, und die Genossin Kunert nahm, vornehmlich an die Frauen gerichtet, das Wort zu einer Ansprache, in deren Verlauf sie das vierzehnjährige Wirken der „Novemberverbrecher" einer eingehenden Würdigung unterzog.

Dann sprach Genosse Ernst Zimmer, der unter Hinweis auf die furchtbare Wirtschaftskrise die Frage aufwarf, wie lange das Volk denn eigentlich auf die versprochene Besserung warten solle. Gründlich und von stürmischem Beifall unterbrochen, setzte er sich mit der blöden Phrase vom vierzehnjährigen Marxismus auseinander. Die Existenz der Herren Thyssen und Stinnes, die kapitalistische Orientierung der Wirtschaft nach dem Willen der Konzerngewaltigen beweise eindeutig, daß es in Deutschland einen herrschenden Marxismus noch nicht gab. Sonst wäre auch kapitalistisches Schmarotzertum nicht mehr vorhanden und es gäbe keinen vom Kapital ausgehaltenen Faschismus.

Nach stürmischem Beifall folgte der Fahnenausmarsch und das Kampflied der Arbeiter, von der Versammlung begeistert gesungen. Die ganze Kundgebung verlief ohne Zwischenfall.

„Unglaubliche Zustände im Finanzamt Süd"

Disziplinarprozeß um einen Gruschwitz-Artikel

Das Finanzamt Süd war vor Jahren einmal Gegenstand eines jener liebevollen Artikel, mit denen gewisse Wochenblätter Breslaus, insbesondere aber die ehemalige Gruschwitzsche „Tribüne" ihren Lesern die wöchentliche fällige sensationelle Enthüllung zu servieren pflegen. Es wurde da allerhand Tratsch, geboren aus Eifersüchteleien und einigen sachlich unhaltbaren Angriffen gegen den Vorsteher dieses Amtes verbreitet, vor allem aber behauptet, daß die Unterstützungen, die Beamten für besondere Notfälle oder für die Erhaltung vieler Kinder gelegentlich gewährt wurden, ungerecht verteilt würden. Tatsächlich aber waren gerade die unteren Beamten an diesen Unterstützungen zu 92 Prozent, die mittleren zu 49 Prozent und die oberen Gruppen nur zu 14 Prozent an der Verteilung dieser Mittel beteiligt.

Natürlich vermutete man, daß dieser Artikel von einem Beamten des Amtes stamme, hatte aber zuerst keine näheren Anhaltspunkte hierfür, bis sich dann im Zusammenhang mit der Nachforschung nach dem Autor einiger unflätiger antisemitischer Zuschriften an verschiedene Beamte, der Verdacht auf den Obersteuersekretär Dörner lenkte, der sich nun dieser Tage vor der Reichs-Disziplinarkammer unter Vorsitz von Senatspräsidenten Riedinger zu verantworten hatte. Die Verhandlung bot einen sehr interessanten Einblick in die geistigen Verhältnisse eines solchen Beamtenkörpers, dem wie der Vorsteher des Amtes als Zeuge bekundete, „als relativ junge Behörde die Tradition fehle". Die verschiedenen Laufbahnen der von anderen Behörden bei der Verreichlichung der Finanzverwaltung übernommenen Beamten wirkten sich, so erklärte Oberregierungsrat Nowak, ungünstig aus, denn es sei nicht zu vermeiden gewesen, daß sich da gewisse Unebenheiten bei Beförderungen usw. ergaben.

Der beschuldigte Dörner machte allerdings nicht den Eindruck, als sei er einer dieser Benachteiligten gewesen. Er ist vielmehr der Typ des tüchtigen äußerst ehrgeizigen Subalternbeamten, dem die Karriere über alles geht und der sich unter Umständen über alles hinwegsetzt, nie zufrieden ist und infolge dieser Unzufriedenheit, die wie in allen kleinbürgerlichen Vorstellungsassoziationen unserer Zeit sich im Antisemitismus kristallisiert, offenbar Nazi wurde. Daher hat er es besonders auf die Juden abgesehen und man erfuhr die nicht uninteressante Tatsache, daß es im Finanzamt Süd, auf Anregung Dörners, eine besonders scharf betriebene Steuerfahndung gegen Juden gibt. Dörner erklärte in seinem Prozeß sogar mit Stolz, er habe „ihnen das Steuerzahlen beigebracht". Wie der Begriff „Ostjude" für das Finanzamt Süd, in dessen Bereich die ostjüdischen Einwanderer doch kaum sehr zahlreich sein dürften, dabei umrissen wird, erfuhr man im Verlauf der vielstündigen Verhandlung vor der Disziplinarkammer leider nicht, wohl aber, daß D. auch bei eingesessenen jüdischen Steuerzahlern seine forsche Art, betrat er einmal einen jüdischen Regierungsrat, so ließ er es sich nicht nehmen, sofort dessen Akten nach nicht schnell genug erledigten Fällen, jüdischen Fällen, durchzusehen und mit diesen schleunigst Vortrag entsprechend beim Vorsteher des Amtes zu halten.

Dieser sympathische Zeitgenosse unseres aufgeweckten Zeitalters wurde also beschuldigt: 1. den Artikel in der „Tribüne" verfaßt, 2. anonyme antisemitische Briefe an verschiedene Leute geschrieben zu haben, in denen der frommen Wunsch nach einem „deutschen Führerauto" ausgesprochen, eine Stenotypistin, von welcher kollegialer Klatsch über Beziehungen zu einem jüdischen Regierungsrat zu berichten wußte, als „Judenmiesel" bezeichnet, der „Kaffeeriecher der Juden" als dringend nötig und ein „deutsches Kommando" in Aussicht gestellt wurde. Der Beweis für die Autorenschaft bei solchen anonymen Gemeinheiten ist immer sehr schwierig, das Urteil von Schriftsachverständigen ist meist umstritten. In diesem Fall allerdings waren die Gutachten mehrerer Sachverständigen besonders belastend und der von D. selbst benannte Gerichtssachverständige Wendel kam, nachdem nochmals Schriftproben notgenommen worden waren, zu dem Schluß, daß eine starke Übereinstimmung zwischen Schriftmerkmale vorliege. Zudem bestätigten eine große Reihe Zeugen, daß D. gerade die in den Zuschriften verwendeten Ausdrücke, insbesondere den „Führerwagen" gerne gebrauchte.

Schwerwiegender jedoch noch als dieser Fall war für die Öffentlichkeit interessanter war die Frage, ob Dörner den Artikel in der „Tribüne" verfaßt habe. Vorweg wurde Herr Gruschwitz in eigener Person vernommen. Verantwortliche Redakteure brauchen bekanntlich über die Autorenschaft kein Zeugnis ablegen, aber Herr Gruschwitz war trotzdem bereit zu bekunden, woher er seine Weisheit habe; er habe diesen Artikel nämlich gemeinsam mit dem verstorbenen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Theodor Müller zusammengestellt. Was in aller Welt Genosse Müller, der als Landtagsabgeordneter ja eventuell vorhandene Mißstände in einer kleinen Anfrage zu behandeln und auf diese Weise in viel größerem Umfang der Oeffentlichkeit bekanntzugeben in der Lage war, veranlaßt haben sollte, sich ausgerechnet zu Gruschwitz zu flüchten, das allerdings erfuhr man nicht. **Tote können sich ja nicht wehren, und es ist leicht, sie zu verleumden,** zumal wenn man, wie Gruschwitz, als Fachmann in Haftunfähigkeit und Zahlungsunfähigkeit sowieso vor unangenehmen Prozessen sichergestellt ist.

An das Märchen von Gruschwitz glaubte wohl in diesem Prozeß niemand im Ernst. Es trat nämlich späterhin ein Zeuge auf, der selbst mit dabei war, als Dörner den Artikel in seinem Zimmer schrieb und dann zur Post gab. Dieser Mann, der jetzt bedauerte, jemals mit dieser, wie er selbst sagte, „unangenehmen, schmutzigen Sache" zu tun gehabt zu haben, hatte über sein Wissen gelegentlich einem anderen, ihm befreundeten Beamten des Amtes davon Mitteilung gemacht, welcher nun seine Kenntnis gelegentlich der Briefaffären an die vorgesetzten Stellen weitergab.

Daß Dörner diesen Kollegen dann in ein Lokal bestellte und ihm die Sache sozusagen auszureden versuchte, sprach natürlich wie vieles andere ebenfalls gegen ihn, so daß die Reichs-Disziplinarkammer dem Antrag des Anklägers entsprach und ihn zur Dienstentlassung verurteilte. D. bekommt aber noch für zwei Jahre zwei Drittel und für weitere zwei Jahre die Hälfte seines Gehaltes zugebilligt. Selbstverständlich wird er, da ja die große Zeit des Judenlustrierens jetzt angeblich angebrochen ist, aber sicherlich Berufung einlegen und darauf hoffen, daß ihm in der zweiten Instanz angesichts seiner bewährt nationalsozialistischen Gesinnung mindestens mildernde Umstände zugebilligt werden. Es wäre ja auch entschieden ein nicht wieder gut zu machender staatspolitischer Fehler, wenn ein derart tüchtiger Mann für die Steuereintreibung bei Juden im dritten Reich verloren ginge. rm.

Die Pflicht ruft!

Oeffentliche Kundgebungen

Heute, 20 Uhr:

bei Engwicht, Schmiedefeld, Redner: Winzer, M.d.L.
bei Thiel, Neu-Scheitnig, Redner: Alexander.
bei Mandel, Deutsch-Lissa, Neumarkter Straße: Oeffentliche Frauen-Versammlung. Redner: Prochownik.

Sonntag, 20 Uhr:

bei Hempe, Schmiedefeld. Redner: Ernst Zimmer.
bei Böhlich, Tarnitz: Oeffentliche Erwerbslosen-Versammlung. Redner: Kulielczynski.
bei Langner, Rewalles. Redner: Swolinzky.

Zur Kundgebung am Sonntag

findet ein gemeinsamer Anmarsch nicht statt. Dagegen wird nach den Kundgebungen gemeinsam abmarschiert.

13. proletarische Morgenfeier

(Nikolaiter)

Sonntag, den 26. Februar, 12.30 Uhr, Zentral-Theater, Weidenstraße 32/34

Film — Sprechchor — Rezitationen — Musik

Eintrittspreis 25 Pfennig.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummern 20060 – 20061
Geöffnet außer Sonnabend von 8–1 und 5–7 Uhr

Allgemeine Frauenversammlungen finden statt:

Montag 20 Uhr:

Distrikt 1 im Jugendheim Gabitzstraße 1. Redner: Referent Herrmann. Anschließend gemütliches Beisammensein. Kaffeetassen mitbringen.
Distrikt 10 bei Barinek, Mehlgasse 48. Referent anwesend. Vorwärts-Trio sorgt für Unterhaltung.
Distrikt 22 im Schultheiß-Stübl, Weißenburger Str. 17. Red.: Genh. Pürgel.
Abteilung Scheitnig (Distrikte 23, 24, 25 und 39): Gewerkschaftshaus, Zimmer 6. Rednerin: Toni Zimmer.
Distrikt 27 bei Zeuke, Ofener Straße 3. Redner: Herbert Löbe.
Distrikt 28 Gewerkschaftshaus, Zimmer 7. Redn.: Helene Thomas-Franz.
Distrikt 29 Erwerbslosenheim Flurstraße 8. Redner: Max Seidel.
Distrikt 31 Erwerbslosenheim Flurstraße 8. Rednerin: Berta Bochnig.
Abteilung Pöpelwitz im „Kurgarten" (Obersbein), Frankfurter Straße. Redner: M. G. Prochownik.

Dienstag 20 Uhr:

Distrikt 36 bei Görlich, Löschstraße 13. Redner anwesend. Das Vorwärts-Trio sorgt für Unterhaltung.
Distrikt 38 bei Schmidt, Hubenstraße 50. Redner: Paul Steiner.
Distrikt 35 im „Jägerhof", Gräbschener Str. 151. Augustastraße-Feier. Rednerin: Ella Reventlow.

Mittwoch 20 Uhr:

Distrikt 21 bei Jüger, Bartschstraße 6. Rednerin: Toni Zimmer.
Distrikt 40 bei Medler, Hubenstr. 90. Rednerin: Helene Thomas-Franz.
Distrikt 41 bei Karrasch, Tschansch. Redn.: Prochownik.
Abteilung Südwest bei Brauer, Gabitzstraße, Öffentliche Frauenversammlung.
Abteilung Gräbschen-Kleinburg im „Jägerhof", Gräbschener Straße 181.

Distrikt 24. Die für Montag festgesetzte Frauenversammlung findet nicht statt. Dafür beteiligen sich die Frauen des Distrikts 24 an der Frauenversammlung der Distrikte 23 und 25 am Montag im Gewerkschaftshause.

Frauenvortrupp

Donnerstag 19,30 Uhr Zusammenkunft im Ausstellungsraum Gewerkschaftshaus. Wien-Fahrer müssen anwesend sein. Listen vorläufig abrechnen.

Sozialistische Arbeiterjugend

Zentralveranstaltung. Sonntag 18 Uhr müssen alle unsere Genossinnen und Genossen in der Turnhalle Klodnigschule erscheinen. Einheitskleidung ist Pflicht. Mitgliedsausweise sind mitzubringen. Die Heimfahnen sind zur Stelle.

Heim 2. Die Tschanscher treffen sich Sonntag 16 Uhr an der Treppe, die Breslauer 16,30 Uhr an der Uhr.

Heim 6 (Pöpelwitz). Freitag die Aelteren 20 Uhr im Heim. Genosse H. Stephan spricht über: „Jugend in der Krise". — Sonnabend Spielergruppe 19,15 Uhr am „Letzten Heller". Wir müssen nach Herrnprotsch.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell

An alle Gruppen. Sonntag 19 Uhr in der Matthiaskunst Jugendkulturabend. Eintritt frei.

Bekleidungsarbeiterjugend. Freitag alles im Jugendheim des Gewerkschaftshauses. W. Schubert erzählt über seine Erlebnisse im Arbeitslager.

Holzarbeiterjugend. Montag 20 Uhr sprechen wir im Galeriezimmer des Gewerkschaftshauses über Tarifvertrag.

Graphische Jugend. Montag im Jugendheim des Gewerkschaftshauses Auswerte-Abend, vorher Unterhaltung.

Jugendleiter und Arbeitsausschuß. Montag 18,30 Uhr im Arbeitersekretariat (Zimmer 46) wichtige Zusammenkunft.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Sonntag, den 26. Februar, finden zwei große Kundgebungen der Eisernen Front im Zirkus Busch und im Gewerkschaftshaus statt. An der Kundgebung im Zirkus Busch nehmen teil: die Abteilung Süd, Banner Klettendorf, Opperau und Groß-Mochbern. Antreten: 8,45 Uhr Museumplatz.

Ferner die Abteilung Mitte, Banner Gandau, Deutsch-Lissa, Leuthen, Herrmannsdorf und Neukirch. Antreten 9,30 Uhr Striegauer Platz.

An der Kundgebung im Gewerkschaftshaus nehmen teil die Abteilung Nord, Oswitz, Scheitnig und Zimpel. Antreten 9,15 Uhr am Mädchen (Kohlenstraße).

Ferner die Abteilung Ost, Tschansch, Banner Schönborn und Maischwitz. Antreten 9,45 Uhr an den Teichädern.

Jugend tritt bei den Abteilungen an.

Spielleute bei den Abteilungen.

Bollmusik 8,15 Uhr im Zirkus Busch.

Abteilung Tschansch. Wir treffen uns am Sonntag zur Kundgebung um 8,30 Uhr am Konsum Otto-Hue-Straße. Auch die Eisernen-Frontmitglieder von Abteilung Tschansch treffen sich dort.

Banner Deutsch-Lissa. Wir treffen uns am Sonntag zur Teilnahme an der Kundgebung der Eisernen Front 8,15 Uhr bei Zirler mit Mädern.

Jungschule, 2. Zug. Dienstag sind alle Kameraden restlos zum Antreten in der Fürstenturnhalle, da sehr wichtige Einteilung.

Bollmusik und Spielleute. Montag großes Üben in der Reichschule.

Abteilung Scheitnig. Sonntag 14 Uhr Antreten bei Preischa in Scheitnig zur Demonstration nach Bischwitz.

Banner 5. Heute 20 Uhr im Heim Holteistraße 27, Zug- und Gruppenführersitzung.

Banner 8. Heute 20 Uhr im Zentralhallsaal, Weidenstraße 56, Pflichtversammlung aller Kameraden. Referent: Kameraden Süßmann. Die Zug- und Gruppenführer erscheinen bereits um 19 Uhr.

Banner 11. Heute übliche Zusammenkunft.

Vortrupp, Zug 1. Montag ist der Zug 1 im Elisabeth-Gymnasium. Vortruppführer sind für die Benachrichtigung verantwortlich.

Banner Klettendorf. Montag 20 Uhr in der Turnhalle wichtige Mitgliederversammlung.

Banner Hundsfeld-Carras. Alle Mitglieder der Eisernen Front nehmen an der Kundgebung am Sonntag in Bischwitz teil. Abfahrt um 13,30 Uhr von Carras durch Hundsfeld nach Scheitnig.

Spielleute Mitte. Sonntag 15,30 Uhr Krampitzer Straße, Bahnübergang (Deutsch-Lissa) Antreten mit Instrumenten.

Theater und Musik

7. Volkssinfonie-Konzert

Als eine aufrichtige Musik, landläufig effektvoll, ohne echte Kraft, in der Gesamtanlage überdehnt und nicht ohne einen Schuß bedenklicher Langatmigkeit im dritten Satz, so zog im 7. Volkssinfoniekonzert Paul Graeners Sinfonia breve an den Ohren der Hörer vorüber. Hermann Behr hatte diese gänzlich unriskante Erstaufführung mit Hingabe geleitet. Für die plötzlich erkrankte Sopranistin, Frau Kraeler-Dietrich, war der Bassist unserer Oper Wilhelm Hiller in die Bresche gesprungen. Er machte an der Sarastro-Arie aus der „Zauberflöte" und „Ansprache und Gebet des König Heinrich aus Lohengrin" sinnfällig, daß es einem Opernsänger schwer fällt, die Bühne mit dem Konzertpodium zu vertauschen. Wohl zeigte sein Vortrag das Bestreben, dem musikalischen Ausdruck der gewählten Stücke gerecht zu werden, doch wurden nicht alle Anforderungen in bezug auf Freiheit und Abwandlungsfähigkeit der Tongebung erfüllt. Von der Orchesterbegleitung hatte man mehr Anpassung an die Eigenheiten des Sängers gewünscht; in diesem Falle eine Bitte, die sich nicht leicht erfüllen ließ, doch hätten einige Proben mehr, schon zu dem ersehnten Ziele geführt. Als Nachklang zu den Wagnerfeiern der vergangenen Woche wurde dann noch die „Faust-Ouvertüre" gespielt und als Abschluß die fünfte Sinfonie von Beethoven.

p—k.

Kleine Brände überall

Gestern gegen ½9 Uhr wurde die Feuerwehr durch den Melder in der Merkelstraße nach dem Reichsbahngelände alarmiert. In einem Arbeiteraufenthaltsraum waren die Dach- und Deckenverschalungen und eine mit Hobelspänen ausgefüllte Holzwand durch Ueberheizen des eisernen Ofens in Brand geraten. Nach Aufnehmen von etwa 3 Quadratmeter Dachverschalung und der Bretterwand wurde das Feuer mit der Eimerspritze abgelöscht.

Gegen ½13 Uhr waren in der Küche einer im Grundstück Kohlenstraße 11 gelegenen Wohnung Holz und Lappen durch Herausfallen glühender Kohle aus dem Ofen zur Entzündung gekommen, die jedoch bald abgelöscht werden konnten.

Kurz vor 17 Uhr erfolgte ein Alarm nach Enderstraße 17, wo in einer im dritten Stockwerk nach dem Hofe zu gelegenen Wohnung ein umfangreicher Stubenbrand ausgekommen war. Es brannten in der Hauptsache zwei Bettstellen mit Betten, ein Liegesofa, ein Nachttisch und die Fenstervorhänge. Zur Bekämpfung des Feuers mußte eine Schlauchleitung vorgenommen werden. Die Entstehungsursache war nicht mit Sicherheit zu ermitteln.

Heute morgen gegen ½8 Uhr erfolgte ein Alarm nach Gräbschener Straße 260. In einer Dachstube des Grundstücks war ein Gebett Betten auf unermittelte Weise in Brand geraten. Ein Fleischerlehrling, der in der Dachstube schlief, hatte durch den sich entwickelnden Rauch stark gelitten, so daß er mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhause gebracht werden mußte.

Folgende Sportsonderzüge verkehren:

Am Sonnabend, den 25. Februar, Breslau Hbf. ab 18,46 Uhr, Hausdorf, Kreis Waldenburg, an 15,33 Uhr. Am Sonntag, den 26. Februar: Breslau Frbg. Bhf. ab 6,12, Hirschberg an 8,12 Uhr. Breslau Hbf. ab 5,48 Uhr, Bad Charlottenbrunn an 8,12 Uhr, Breslau Hbf. ab 5,42 Uhr, Mittelwalde an 8,32 Uhr.

Sonderzug nach Bad Reinerz zum halben Fahrpreis

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Zum Wochenende fährt ein Sonderzug nach Bad Reinerz zum halben Fahrpreis (4,80 Mark für Hin- und Rückfahrt): am 25. Februar ab Breslau Hbf. ab 15,07, Bad Reinerz an 17,37 Uhr; am 26. Februar Bad Reinerz ab 21,15, Breslau Hbf. an 23,28 Uhr. Fahrkarten liegen auf bei der Fahrkartenausgabe Breslau Hbf., bei dem Amtlichen Reisebüro und bei den MER. I und II. Auf Wunsch wird den Reisenden bei Ankunft des Zuges in Bad Reinerz im Wartesaal 3. Klasse Unterkunft einschließlich Frühstück und Bedienungsgeld zum Preise von 3 Mark vermittelt.

Proleten-Wochenspielplan

Hans Albers: „Der weiße Dämon" — Szöke Szakall: „Besserer Herr gesucht" — Erich Kästner: „Woher kommen die Löcher . . ." und der übrige große Filmteil.

Ein reichhaltiges, bunt zusammengestelltes Programm zeigt ab Freitag das Proleten. Hans Albers spielt eine, auf seine Charakterdarstellung angepaßte Hauptrolle in dem Film: „Der weiße Dämon". Als Untertitel heißt der Film „Rauschgift". Zu diesem Film selbst ist ein lustiges Beiprogramm eingesetzt worden. Szöke Szakall zeigt übermütige Streiche in dem Film: „Ein besserer Herr gesucht . . ." Erich Kästner hat Manuskript und Regie im Film „Woher kommen die Löcher" geführt und zeigt in einer Zeitsatire lustige Zufälligkeiten. Ein Kulturfilm von der Bernsteingewinnung und die Bilder der neuesten Wochenschau runden das empfehlenswerte Programm ab. Sonntag ist wie immer Kindervorstellung.

Amtlicher Wetterdienst des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Wechselnder Wind, teils neblig-wolkiges, teils aufheiterndes Wetter, zeitweise noch Schneefall, zunächst nachlassender Frost.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Wechselnder Wind, meist neblig-wolkiges Wetter, zeitweise Schneefall, Nachlassen der strengen Kälte.

Das Wetter im Gebirge:

Groß-Iser: —10, bewölkt, NO 1, 72, 1—2. — Heufuderbaude: —11, bewölkt, SO 3, 140, 1—2. — Bad Flinsberg: —10, bewölkt, S 2, 35. — Kesselschloßbaude: —10, bewölkt, still, 70, 1—2. — Oberschreiberhau: —10, bewölkt, O 1, 50. — Neue Schlesische Baude: —12, bewölkt, still, 130, 1—2. — Reisträgerbaude: —15, bewölkt, NO 3, 130, 1—2, starker Rauhreif. — Krummhübel: —9, bewölkt, SW 1, 25. — Brückenberg: —8, bewölkt, still, 45. — Schlingelbaude: —7, heiter, still, 60. — Hampelbaude: —12, heiter, still, 90. — Wiesenbaude: —6, Schnee, still, 165, 1—2. — Schneekoppe: —19, Schnee, O 4, 70. — Grenzbauden: —12, bewölkt, NO 1, 94, 3—5. — Heinrichsbaude: —8, bewölkt, still, 40. — Spindlermühle: —8, Schnee, NW 2, 65, 1—2. — Gottesberg: —8, bewölkt, O 1, 16, Ski und Rodel gut. — Görbersdorf: —7, bewölkt, O 2, 50. — Bad Charlottenbrunn: —7, bewölkt, N 1, 17, Ski und Rodel gut. — Bad Reinerz: —8, bewölkt, O 2, 32. — Siebenhäuserbaude: —9, bewölkt, SO 1, 50. — Heumwalder Bleichenbaude: —14, bewölkt, still, 80. — Hohe Mense: —13, bewölkt, O 2, 100, 3—5. — Brandbaude: —8, heiter, still, 70, 3—5. — Bad Landeck: —7, Nebel, N 1, 30. — Karpenstein: —9, bewölkt, N 2, 30. — Wölfelsgrund: —8, bewölkt, still, 24. — Glatzer Schneeberg: —6, bewölkt, still, 118. — Bischofskoppe: —9, bewölkt, W 2, 30. — Schäferei: —7, Nebel, O 2, 120. — Hochschar: —10, bewölkt, O 2, 80. — Roter Berg: —10, Nebel, O 1, 90. — Westerheim: —2, heiter, still, 30, 1—2. — Alle Stationen melden Pulverschnee; Ski und Rodel sehr gut.

Aus der Umgebung

Oeffentliche Versammlungen

Sonnabend, den 25. Februar

Weißenberg. 20 Uhr, Lokal Gabler. Redner: Gen. Kleinert.
Bolkenhain. 20 Uhr, Lokal Fischer. Redner: Genosse Schiffer.
Bellau. 20 Uhr, Lokal Hürdler. Redner: Genosse Bürgel.
Mellamitz. 20 Uhr, Lokal Geldner. Redner: Genosse Fränkel.
Maserwitz. 20 Uhr, Lokal Peche. Redner: Genosse Gabriel.

Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost Margareth. Wir veranstalten am Sonnabend, den 25. Februar, 18 Uhr, eine Reichsbanner-Bundesgründungsfeier, verbunden mit öffentlicher Kundgebung. Nachher Tanz. Ab 18 Uhr spielt die Breslauer Reichsbanner-Kapelle. Redner ist Dr. Korn.

Gnichwitz. Sonnabend, den 25. Februar, bei Pätzold, 20 Uhr: Mitgliederversammlung. Kein Mitglied darf fehlen!

Schottwitz. Wir treffen uns am Sonntag, den 26. Februar, 14 Uhr, bei Prescha und gehen geschlossen zur Kundgebung nach Bischwitz.

Saitau. Wir treffen uns am Sonntag, den 26. Februar, 18,30 Uhr bei Rönsch und fahren geschlossen zur Kundgebung nach Bischwitz.

Ortsgruppenvorsitzende sofort alle Vorbereitungen für Flugblätterverbreitung treffen!

Brockau. Ein Druckfehler hat in einer Notiz über die hiesige Winterhilfe sehr sinnstörend gewirkt. Der Konsumverein „Vorwärts" hat für die Winterhilfe hundert Stück Brotgutscheine gespendet.

Klein-Sägewitz. Die hiesigen „Volksgenossen" werden in einem Flugzettel aufgefordert, heute abend zum Aufbruch der Nation ins Gasthaus Walistein zu kommen. Es ist selbstverständlich, daß die organisierte Arbeiterschaft von Klein-Sägewitz und Umgebung die Anhänger des dritten Reiches unter sich lassen wird.

Wasserstand

	24. 2.	23. 2.		24. 2.	23. 2.
Ratibor	1.22	1.25	Ransern (Unter-Pegel)	2.04	2.06
Neisse (Stadt)	—0.70	—0.67	Oyhernfurth	1.28	1.45
Neißemünd. (Unt.-Pegel)	1.16	1.26	Durchflußmenge sekundl.	0.91	1.04
Brieg (Mastenkran)	1.80	1.92	Fürstenberg vom 23. 2.	0.71	—
Treschen	— 0.68	0.64	Wasserwärme	+0.0	+0.0

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Wie uns die Staatliche Lotterie-Einnahme Arndt, Breslau 5, gegenüber Wertheim, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen:

14. Ziehungstag 23. Februar 1933

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

6 Gewinne zu 5000 M. 49335 201409 273229
16 Gewinne zu 3000 M. 2331 11580 57233 104165 260723 262596 308042 354827
48 Gewinne zu 2000 M. 34687 45476 46758 47899 74742 105402 114932 120698 140293 152711 193176 197293 218906 268958 299759 326714 337721 339520 347215 352275 356578 367957 371584 387904
126 Gewinne zu 1000 M. 1623 20265 21613 35459 35928 37426 40693 42071 54313 62942 65172 68433 66904 70507 80423 98727 102536 120495 125297 127917 129007 129184 130856 142303 142762 159050 161394 172328 174481 187506 188619 197761 197888 203203 218593 232776 236338 240841 243644 244869 260064 262792 263318 281668 282019 286192 292162 296512 305161 312630 324269 327688 331417 334139 342959 345345 363030 375869 379914 381285 387366 387968 398912

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 98006
6 Gewinne zu 5000 M. 118908 123791 351611
12 Gewinne zu 3000 M. 28952 33343 116050 132309 183618 338276
58 Gewinne zu 2000 M. 6044 10963 43388 66938 67197 88049 119401 142660 145659 147052 179723 180007 194328 206979 207007 223799 236195 236379 249019 267740 269968 278872 317221 338135 343870 357680 366701 370874 379128
76 Gewinne zu 1000 M. 15114 40871 50441 68081 92869 106018 122268 123703 124183 136120 136258 149491 151842 174332 185006 200916 205660 216800 218228 233236 264553 264790 265832 267656 269713 272399 286349 297421 315680 316298 322301 322995 331817 356683 375287 381662 392221 395228

Geschäftliches

Erfahrene Hausfrauen kochen guten Kaffee wirklich billig, weil sie Mühlen-Franck, die gute Kaffeewürze, dazu verwenden. Selbst ein schwacher Kaffeeaufguß — bei dem man also an Bohnenkaffee, Malzkaffee oder einfachem Getreidekaffee gespart hat — bekommt durch Mühlen-Franck einen vollen, köstlichen, herzhaften Geschmack und eine schöne, goldbraune Farbe.

21 Bilder bekannter Filmstars gratis! Die Filmbildsammlung des Marylan-Vertriebs ist in Neuauflage erschienen. Einundzwanzig Bilder beliebter Künstlerinnen und Künstler sind in einem geschmackvollen Büchlein vereinigt, das Ihnen in sorgfältiger Ausführung ebenso schöne wie natürliche Bilder zeigt. Alle Ihre Freunde und Bekannten werden gerne in diesem Büchlein blättern, das sie völlig kostenlos und portofrei vom Marylan-Vertrieb erhalten können nebst einer Probe der köstlichen Marylan-Creme. — Sie wissen, jene Marylan-Creme, die so hervorragend zur Schönheitspflege der Haut geeignet ist. Weiter erhalten Sie ebenfalls umsonst eine ausführliche Abhandlung über kluge Gesichtspflege. Wollen Sie also bitte Ihre Anschrift sofort dem Marylan-Vertrieb, Berlin 428, Friedrichstraße 24a, mitteilen.

Zum Diskutieren!

Frage den Kommunisten,

ob er schon darüber nachgedacht hat, welcher Unterschied zwischen Rußland und Deutschland besteht? Die Beantwortung dieser Frage ist deshalb so wichtig, weil von den kommunistischen Agitatoren immer wieder darauf hingewiesen wird, daß es in Rußland keine Arbeitslosigkeit gebe, während in Deutschland die wirtschaftliche Not von Jahr zu Jahr größer geworden sei.

Sage dem Kommunisten

daß die deutschen Arbeiter sich kein Urteil darüber anmaßen, ob alles gut oder schlecht ist, was in Rußland vor sich geht. Die russischen Arbeiter haben selbst darüber zu entscheiden, wie sie regiert werden wollen. Sie haben freilich darüber noch nicht ein einziges Mal in freier geheimer Wahl abstimmen dürfen. Aber das eine ist sicher, daß die Verhältnisse in Rußland und in Deutschland ganz verschieden sind. Daß also das, was in Rußland gut sein mag, in Deutschland noch längst nicht zu gebrauchen ist.

Der wichtigste Unterschied ist der: Rußlands Bevölkerung war bei Kriegsende vorwiegend in der Landwirtschaft tätig. Die Industrie steckte erst in den Anfängen. Die gewaltige Mehrheit des Volkes bestand aus Analphabeten, die weder lesen noch schreiben konnten. Mit den Mitteln der Diktatur, also unter Gewalt und Zwang, wird jetzt erst eine Industrie aufgebaut. Das ist nur deshalb möglich, weil das russische Volk in seiner ganzen Geschichte nichts anderes als Gewalt und Zwang kennt.

In Deutschland dagegen hat sich die Industrie seit rund einem Jahrhundert nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft entwickelt. Deutschland war am Ende des Krieges ein hochindustrielles Land, nur ein Drittel der Bevölkerung war noch in der Landwirtschaft tätig. Die deutsche Arbeiterschaft hat in der Schule der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften gelernt, selbständig ihre Geschicke zu verwalten. Und sie weiß, daß jede Zerstörung des Wirtschaftsapparates zugleich die Vernichtung ihrer eigenen Existenz bedeuten würde. Aus diesem Grunde muß die deutsche Arbeiterschaft den Klassenkampf gegen das Kapital mit anderen Methoden führen, als das in Rußland möglich erscheint.

Sage dem Kommunisten,

daß zahllose Arbeiter nach Deutschland zurückgekehrt sind, die über die Verhältnisse unter der bolschewistischen Diktatur keineswegs begeistert sind. Sie berichten, daß die Lebenshaltung des russischen Volkes weit schlechter ist als die des deutschen Volkes. Sie schildern das Wohnungselend, den Mangel an Nahrungsmitteln, den geringen Wert des Geldes. Und sie erklären vielfach, daß sie selbst mit der deutschen Arbeitslosenunterstützung noch besser bestehen als mit dem russischen Arbeitslohn. Es kamen Arbeiter aus Rußland zurück, die dahin geflohen waren, weil sie an blutigen Zusammenstößen beteiligt gewesen sind. Sie haben die Zuchthausstrafen in Deutschland dem Leben in Rußland vorgezogen.

Und darum sagen wir:

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse um Freiheit und Brot kann nicht von Moskau aus diktiert werden. Die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen bei uns sind anders als in Rußland. Nicht von außen, sondern nur von uns selbst wird die Befreiung vom kapitalistischen Joch, von der faschistischen Gefahr kommen. Die Voraussetzung für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse aber ist ihre Einigkeit, ihr geschlossenes organisatorisches Eintreten für die sozialistischen Forderungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Wieder Krawall in der Berliner Universität

Am Donnerstag abend kam es in der Berliner Universität während einer Wahlkundgebung der sozialdemokratischen Studentengruppe zu schweren Ausschreitungen. Während einer Rede des sozialdemokratischen Professors Lederer wurden mehrere Fensterscheiben eingeworfen. Außerdem wurde in den Saal hineingeschossen. Dann kam es in den Gängen zu schweren Auseinandersetzungen, bei denen mehrere Personen Schnittwunden erlitten. Die Angreifer verschwanden unerkannt.

1 + ½ = 2

Das 2te Stück oder Paar oder Meter

für die Hälfte

Bei uns gehts weiter!

In allen Abteilungen unbeschränkte Mengenabgabe

Nur wenige Markenartikel sind ausgeschlossen!

Gesetzl. gesch. Warenzeichen. Nachahmung, auch teilweise, ist untersagt und wird verfolgt.

Achtung! Wir weisen darauf hin, daß die Frist zur Abholung der Gewinne unserer Weihnachts-Werbe-Lotterie bis zum 15. März verlängert wurde. Nach diesem Tage werden nicht abgeholte Gewinne der Winterhilfe überwiesen.

SAXONIA

Wollwarenhaus

Ohlauer Straße Nr. 60/61 (Am Christophoriplatz)

Die Polizeiaktion in Kaltenbrunn

„Hochverräterische Umtriebe" werden aufgedeckt

„Hochverräterische Umtriebe in Schlesien", so überschreibt die „Schlesische Zeitung" dreispaltig die erste Seite ihrer gestrigen Abendausgabe, nachdem sie offenbar durch die mittägliche „Volkswacht" erfahren hat, daß sich im Kreise Schweidnitz etwas begeben hatte.

Hochverrat ist ein Rechtsbegriff, der stärker als alle anderen von den jeweiligen politischen Machtkonstellationen abhängt, mit dem die jeweils herrschende Klasse alle Bestrebungen zu bezeichnen pflegt, die auf einen Sturz des bestehenden Regimes abzielen. In der rechtsstaatlichen Begriffsvorstellung der bürgerlich-demokratischen Ordnung (die sich in Deutschland niemals aus eigener Kraft des Bürgertums durchzusetzen vermochte, sondern erst vollendet wurde als 1918 proletarische Kräfte nach dem Zusammenbruch des alten Regimes die Demokratie in Deutschland rechtlich sicherten, ist Hochverrat normalerweise eine rechtsbrecherische Handlung, die auf gewaltsamen Aktionen beruht. Das Reichsgericht hat allerdings — leider von der Oeffentlichkeit viel zu wenig bemerkt — im Laufe der Jahre Auslegungen des Hochverratsbegriffs gefunden, nach denen es sogar einen literarischen Hochverrat gibt, also geistige Ausdrucksformen politischer Propaganda, sofern sie allerdings mit einer Gewaltaktion in Zusammenhang zu bringen waren, unter Strafe stellte.

Der Faschismus geht aber, darüber hinaus, von gänzlich anderen Rechtsvorstellungen aus. Für ihn identifiziert sich — Italien ist das Schulbeispiel — die herrschende Partei mit dem Staat, für ihn gibt es daher — wie im Mittelalter — das Verbrechen der Gesinnung. Kein Zweifel, daß auch im gegenwärtigen Deutschland diese Anschauung zwar noch nicht Gemeingut aller Gerichte, wohl aber Grundlage der Politik der Staatsexekutive in Preußen und den nationalsozialistischen Ländern darstellt. Der Erlaß des Kommissars Goering erhellt blitzartig, daß an die Stelle einer oftmals aus dem Unterbewußtsein der handelnden Personen kommende verschiedenartige Beurteilung von grundlegenden Rechtsfragen die klare, einheitliche Zweiteilung der staatsbürgerlichen Stellung der Person in Preußen getreten ist. Wenn gegen einen — recht erheblichen — Teil der Bevölkerung der Gebrauch der Waffe in einer Weise zur Pflicht der Organe der Staatsexekutive gemacht wird, die jeden Polizeibeamten in die schwersten Gewissenskonflikte stürzen muß, sofern er ein denkender und lebenserfahrener Mensch ist, während andererseits gegen den anderen Teil der Bevölkerung, nämlich gegen die Parteigänger der regierenden Parteien das Vorgehen so gut wie untersagt wird, so befinden wir uns auf der Schwelle zum faschistischen Staat.

Nur in diesem Zusammenhang ist zu verstehen, was hier im Kreise Schweidnitz vor sich ging. Die Vorgeschichte dieser Aktion erinnert übrigens an die Panik gewisser geheim arbeitender Behörden der monarchistischen Staaten des kontinentalen Europas zurzeit der Anfänge marxistischer Propaganda, welche damals auf jede, aber auch jede sensationelle Angabe ihrer, nicht immer sehr empfehlenswerten Vertrauensmänner hereinfielen. Besonders interessant ist im Falle Kaltenbrunn, daß niemand es gewesen sein will. Von den Justizbehörden ist keine Auskunft zu erlangen. Man erfuhr gestern nur, daß möglichst vor Abschluß der Vernehmungen nichts gemeldet werden solle. Die Landeskriminalpolizei bestreitet, daß sie die Angelegenheit in ihrer Hand hatte, obwohl in Schweidnitz mehrfach bestätigte Informationen darauf verweisen, daß eben die Landeskriminalpolizei überhaupt der Initiator der Ermittlungen und der sensationell wirkenden Verhaftungen sei.

Aber das ist an sich ziemlich nebensächlich. Nicht nebensächlich jedoch ist es hingegen, daß das zweierlei Recht des neuen Preußen sich hier in einer Weise demonstriert, die viel verbitternder, viel aufreizender wirkt als alle Flugblätter und Zeitungsartikel, die man heute unter eine Zensur stellt, wie sie nur der Vormärz des vorigen Jahrhunderts kannte. **Was ist denn eigentlich los in Schweidnitz?** Wurde hier wirklich Hochverrat geübt, wurde hier etwa der gewaltsame Umsturz der bestehenden Ordnung vorbereitet? Wir kennen die Anschuldigungen im einzelnen nicht, dürften sie ja wahrscheinlich auch, wenn wir sie kennen würden, nicht veröffentlichen. Aber wir kennen die Kurse des Reichstagskandidaten Genossen Dr. Stammer. Wir wissen, was wir kurz schon gestern berichteten, daß diese Kurse als Schulung der Erwerbslosen, lediglich in belehrender und aufklärender Form mit Unterstützung des Kreises Schweidnitz und des Arbeitsamtes durchgeführt wurden. Wir wissen, daß an diesen keineswegs nur organisierte Sozialdemokraten, sondern auch lediglich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teilnahmen, die teilweise politisch sogar ausgesprochen und bekanntermaßen im Zentrumslager standen. Wir wissen, daß Lehrplan und Lehrstoff des Genossen Dr. Stammer dem deutschnationalen Landrat Ehrensberger vorgelegen haben und von ihm genehmigt wurden. Herr Ehrensberger amtierte früher in Ohlau und ist wohl schwerlich „marxistischer" Neigungen verdächtig.

„Hochverräterische Umtriebe", ein wunderbares Schlagwort für die Wahlkampfpropaganda. Da kann man doch dem Leser der „Schlesischen Zeitung" und anderer nationaler Blätter den mit Recht beliebten Bolschewistenschreck einjagen. Wähle national, lieber Bürger, sonst kommen Dr. Stammer und der Parteisekretär Hoppe, um dich an die Wand zu stellen; wähle national, sonst werden in Deutschland deine Schreibtischschubladen sozialisiert und an die Stelle der kapitalistischen Herrlichkeit, der wir uns in alle so herzlich freuen, die blutrieselnde bolschewistische Gewaltherrschaft gesetzt. Ist das nicht wie von Himmel gefallen? Ein Wahlschlager, wie man ihn in solchen Zeiten wahrlich brauchen kann. Was tut's, wenn der gesunde Menschenverstand sagt, daß zur [illegible] Zeit [illegible] wird. Die [illegible] Wahlkreise wird [illegible] man so nebenbei ein ganz anderer Leute, vor allem der Reichstagskandidaten Stammer und den Kreisvorsitzenden Sozialdemokraten Hoppe, mindestens bis an den Galgenkandidaten, ohne daß aber die Wahren Blüten, tut nichts.

Da jedoch immerhin bis jetzt, trotz der Erfolge an die [illegible] Politik, bei Gericht die Sache Jagdberg in einer [illegible] Prozeßführung [illegible] hier die Frage aufzuwerfen, **was denn eigentlich** in Kaltenbrunn, Kreis Schweidnitz, von Dr. Stammer mit den zwanzig Erwerbslosen und in Zusammenhang damit von dem Parteisekretär Hoppe in Schweidnitz **Hochverräterisches ausgeheckt worden sein mag.** Es hat den Anschein, als stände auch die „Schlesische Zeitung" noch nicht unbedingt auf dem Standpunkt, daß Gesinnung an sich ein todeswürdiges Verbrechen darstelle, sofern sie mit den herrschenden Gewalten nicht übereinstimmt. Sie nimmt also demnach auf Grund der nicht gerade sehr ausführlichen, halbamtlichen Nachrichten von der Massenverhaftung an, daß tatsächlich aktiver Hochverrat dort getrieben wurde. Sie stellt sich offenbar den Hochverrat so vor, wie die Geheimpolizisten des alten Oesterreich, des Zaren und der preußischen Reaktion nach 48 sich die bombenlegende Tätigkeit des in England lebenden Gelehrten Karl Marx vorzustellen und zur Erheiterung der Nachwelt protokollarisch darzustellen pflegten.

Angenommen, die SPD. bereite wirklich einen gewaltsamen Aufstand vor. Sollte sie dann keine geeignetere Gelegenheit ausfindig zu machen in der Lage sein, als ausgerechnet einen staatsbürgerlichen Kurs für Erwerbslose, deren Parteizugehörigkeit nicht einmal feststeht, die aus ein paar umliegenden Dörfern am hellichten Tage in Holzpantinen und Arbeitsbluse zu einer allgemein bekannten Veranstaltung zusammenkommen? Wir haben doch gute Vorbilder und wissen, daß man das zum Beispiel in Boxheim die Sache ganz anders vorbereitet hatte und es doch herausgekommen ist, wenngleich auch kein Reichsanwalt die netten Boxheimer Pläne zum Gegenstand einer Anklage machte. Aber wir wissen auch, daß wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist, daß wir keine Boxheimer Dokumente fabrizieren dürften, ohne nicht für ein Jahrzehnt hinter Zuchthausmauern zu verschwinden. Wir würden uns also, liebe „Schlesische", doch wohl besser vorsehen müssen als der Nazigeneralstab in Boxheim.

Es gibt in Schlesien ganz andere verbrecherische Taten, die noch dringend, sehr dringend der Aufklärung bedürfen. Auch ihre Untersuchung liegt zum Teil in Schweidnitz bzw. Waldenburg, und es wäre sehr interessant, zu erfahren, **zu welchen Schlußfolgerungen beispielsweise die Waldenburger Staatsanwaltschaft in der Angelegenheit des Kynauer Sprengstoffdiebstahls** gelangte, als die Regierungsbeteiligung der Hakenkreuzler noch nicht im Programm stand, welche praktisch durchaus reizvollen Zusammenhänge da möglicherweise mit den Bombenattentaten im Kreise Nimptsch, mit dem Anschlag auf den Redakteur Paeschke in Reichenbach bestehen, welcher Zusammenhang insbesondere mit der Leitung der schlesischen SA. besteht oder daß mindestens als möglich angesehen wird? Darüber Auskunft zu erlangen, bestände in Deutschland noch gleiches Recht für jedermann, wäre viel, viel wesentlicher als der vergebliche Versuch, sozialdemokratischen Wahlkandidaten und erwerbslosen Arbeitern aus den Dörfern des Zobtengaues hirnrissige Hochverratspläne anzudichten.

Wenn man übrigens in nationalen Kreisen annehmen sollte, daß dieser „Schlag" den Marxismus trifft, dann täuscht man sich gewaltig. Die Männer und Väter sind nicht mehr nach Hause zurückgekehrt, aber in den Dörfern um Kaltenbrunn hat dies lediglich eine Wahlstimmung erzeugt, die keineswegs zugunsten der nationalen Parteien auszumünzen ist. Maßlose Verbitterung über dieses Vorgehen führt lediglich zum flammenden Bekenntnis, mit doppeltem Eifer und ungeachtet aller Gefahren die Kampffront der Arbeiterklasse gegen Unterdrückung und Entrechtung zu stärken. In Schweidnitz selbst hat die Verhaftung des Genossen Hoppe ebenfalls große Empörung ausgelöst und lediglich zu einer Verstärkung der Wahlpropaganda der Partei, die jetzt von der Genossin Hoppe, welche ihm stets schon Helferin und Kamerad in seiner hingebenden Arbeit für die Arbeiterklasse war, geführt wird.

Maschinengewehre gesucht aber nicht gefunden

Das sozialdemokratische Volkshaus Zerkinerbrunn wurde von einem Aufgebot von 12 Landjägereibeamten nach Waffen durchsucht. Angeblich sollten sich in dem Gebäude zwanzig Maschinengewehre (!), eine große Menge Munition und Massen von Karabinern befinden. Die auf eine Denunziation zurückzuführende Haussuchung verlief völlig ergebnislos.

Parteipolizei für Liegnitz

Die Regierungsbezirkshauptstadt Liegnitz soll nun auch eine Parteipolizei erhalten. Im Sommertheater werden 200 SS.-Leute als **Hilfspolizei** ausgebildet, um als Kollegen der kommunalen Polizei für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Ausbildung besorgt der ehemalige Sozialdemokrat Polizeikommissar Peters. Die nationalsozialistische Parteipolizei soll mit Revolver und Gummiknüppel ausgerüstet werden. Der energischen Bekämpfung des Marxismus steht demnach in Liegnitz nichts mehr im Wege.

Auch in Fraustadt wird bereits eine SA.-Hilfspolizei eingesetzt und in der Kaserne ausgebildet.

„Nationaler" Pastor suspendiert

In Hochkirch, Kreis Liegnitz, wurden bei einer Nachprüfung der Kirchenkassen **Unregelmäßigkeiten festgestellt.** Es soll sich um eine Summe von mehreren tausend Mark handeln. Der für die Kassenführung verantwortliche Pastor Buchwald wurde daher vom Amte suspendiert.

Um Pastor Buchwald trauern Stahlhelm, Kriegerverein und die Deutschnationale Volkspartei. Wo in Schlesien eine Stahlhelm- oder Kriegervereinsfahne zu weihen war, mußte Pastor Buchwald hin. In deutschnationalen Wählerversammlungen hat B. besonders aufreizend heftig gegen Korruption gewettert.

Der tägliche Terror

Am Montag abend versuchten Nationalsozialisten in die Wohnung des Lehrers und Gemeindevorstehers Victor Kaluza in Letsche OS. einzudringen. Die Feiglinge benutzten die Abwesenheit des Genossen Kaluza, um seine Familie zu überfallen. Nur dank des Erscheinens einiger Dorfbewohner ist das Schlimmste abgewehrt worden. Das Gesindel drang unter wüstem Gejohl, mit Zaunlatten bewaffnet, in das Schlafzimmer der Familie vor.

Das neunjährige Töchterchen des Lehrers hat einen Nervenschok erlitten. Die Nazis waren Ochsenknechte aus dem benachbarten Rachowitz und Schierakowitz unter Führung des Gärtnergehilfen Josef Hassa aus Latscha.

* * *

In **Gleiwitz-Sosnitza** überfiel ein Trupp Nationalsozialisten eine acht Mann starke Gruppe sozialdemokratischer Flugblattverteiler und schlugen mit Totschlägern auf sie ein. Der SA.-Mann Czerner schoß aus der Pistole und verwundete den Genossen Josef Schulz am Arm. Fast alle anderen Verteiler wurden mit den Schlagwaffen der Nazis verwundet, die Flugblätter entwendet. Bei dem Ueberfall stießen die Nazis die Drohungen aus: „In Sosnitza wird kein marxistisches Flugblatt mehr verteilt. **Wer sich von euch auf der Straße zeigt, wird erschossen."**

Neuer Vizepräsident bei der Oppelner Regierung

An Stelle des beurlaubten bisherigen Vizepräsidenten Fischer ist der bisherige Oberregierungsrat Engelbrecht-Liegnitz **zum Vizepräsidenten bei der Regierung in Oppeln ernannt worden.** Vizepräsident Engelbrecht dürfte politisch der konservativen Rechten zuzuzählen sein; er verwaltete sein längerer Zeit das Verkehrsdezernat der Liegnitzer Regierung.

Außer Fischer wurde **beim Oppelner Oberpräsidium** der sozialdemokratische Vizepräsident Genosse von Bassé beurlaubt.

Unsere Kandidaten zum Provinziallandtag

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Mittelschlesien, hat zur Provinzial-Landtagswahl am 12. März, gemäß der Vorschläge der Unterbezirke folgende Kandidatenliste für den Regierungsbezirk Breslau (ausschließlich Breslau-Stadt) eingereicht:

Heinrich Bretschneider, Tischler, jetzt Schmiedebrücke, Breslau
Paul Seibold, Landrat i. R., Breslau
Rose Völker, Hausfrau, Reichenbach/Eule
Paul Koepler, Amts- und Gemeindevorsteher, Dittersbach
Fritz Seifmann, Verwaltungsangestellter, früh Gemeindevorsteher, Peterswaldau
Gustav Müller, Gemeindearbeiter, Strehlen
Gustav Schiffer, Maschinenarbeiter, früh Bezirkskassierer, Lossen, bei Glatz
Felix Wolf, Monteur, jetzt Parteisekretär, Glatz
Fritz Jappe, Steinmetz, Waldenburg
Moritz Bogel, Bäckermeister, Breslau
Oswald Wierzisch, Betriebsrat, Breslau
Karl Ottilige, Betriebsrat, Bernstadt i. Schles.
Gustav Baumann, Klempnermeister, Schweidnitz
Dr. Wolff, Hausfrau, Beuthen/Oder
Kurt Freyer, Lehrer, Wohlau
Paul Spichale, Tischler, Trebnitz
Walter Leipert, Heizer, Waldenburg
Willi Hoppe, Lehrer a. D., jetzt Parteisekretär, Schweidnitz
Waldemar Ossowski, Polizeipräsident i. R., früher Klempnermeister, Landeck in Schlesien
Wilhelm Roh, Maurerpolier, Freiburg, Kreis Militsch
Alfred Heimann, Tischler, jetzt Arbeitersekretär, Glatz
August Linke, Maschinenarbeiter, Strehlen
Karl Bachnik, Hausfrau, Kattern, Kreis Breslau
Richard Kuschel, Geschäftsführer, Ohlau
Josef Steiner, Arbeiter, Reichenstein
Ida Rehnert, Hausfrau, Weißstein
Paul Werner, Töpfer, jetzt Landarbeitersekretär, Steinau, Oder
Johannes Kalich, Textilarbeiter, Langenbielau
Franz Weiß, Schlosser, Oels
Edmund Krause, Lehrer, Weißstein
Fr. Klinke, Tischler, Schmarse, Kreis Oels
Alfred Brode, Berginvalide, Ober-Salzbrunn
Lilly Kochanek, Lagerhalterin und Gemeindevorsteherin, Beckern
Karl Fischer, Kämmereiverwalter, Guhrau
Gustav Kinzer, Weber, Reichenbach/Eule
Willi Adolf, Maschinist, Trachenberg
Karl Kittwalda, Landarbeiter, Groß-Rochern

Wider von Bernstadt!

Die von uns am kommenden Sonntag vorgesehene öffentliche Wahlkundgebung unter freiem Himmel ist uns vom Landrat des Kreises Breslau-Land verboten worden. Wir sind daher in diesem Wahlkampf nicht in der Lage, zu unseren Wählerinnen und Wählern zu sprechen. Wir bitten aber alle, uns die Treue zu bewahren und am 5. März restlos für die Liste 2 einzutreten.

Wahlkampf in Leobschütz

Leider ist es uns in diesem Wahlkampf nicht möglich, eine Wahlkundgebung in Leobschütz zu veranstalten, weil auf Betreiben der Nationalsozialisten" das Versammlungslokal nicht zur Verfügung gestellt wird. Wir sind daher nicht in der Lage, in diesem Wahlkampf zu unseren Wählern zu sprechen, hoffen aber, daß alle unsere bisherigen Wählerinnen und Wähler in Leobschütz uns weiterhin die Treue bewahren und [illegible]

SPD., Unterbezirk Breslau Land/Neumarkt

Die Gemeindewahl

müssen bis spätestens Sonnabend die Listen eingereicht werden.

Kampf gegen die Grippe!

Togal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel gegen Grippe und Erkältungskrankheiten. Togal ist stark harnsäurelösend und in hohem Maße bakterientötend! Im Anfangsstadium genommen verhindert Togal den Ausbruch der Grippe. Erfahrungsberichte [illegible] überzeugt. In alle Apoth. RM. 1.35. 12 Tbl., 0.60 Tbl., 7.65 Adl. [illegible]

Zucht und Ordnung?

Die neuen Sitten im erwachten Deutschland

Im „Admiralspalast" der Reichshauptstadt, wie die Berliner ihr Polizeipräsidium umgetauft haben, vollzog sich am vergangenen Freitag die Machtübergabe an die Nationalsozialisten. Papens Vertrauensmann, Herr Melcher, mußte gehen und der Erwählte des preußischen Innenkommissars Goering: Admiral v. Levetzow, trat an. Mit einer Rede an die Offiziere und Beamten, kurz, zackig, schneidig, ganz wie bei Wilhelm II. „November 1918, größtes Verbrechen deutscher Geschichte, wiedergutmachen, erwarte Ihre Unterstützung, in Berlin wieder Ordnung, Sauberkeit, Zucht und Sitte herzustellen".

Einige Stunden später, gegen fünf Uhr abends, drangen, wie der Polizeibericht meldete, fünfzehn uniformierte SA.-Studenten in die staatliche Kunstschule in Berlin-Schöneberg, holten vier Professoren aus dem Prüfungssaal und trieben sie auf die Straße. Darauf vernagelten sie die Türen der Schulzimmer mit eisernen Krampen und Nägeln, die sich widersetzenden Lehramtskandidaten „wurden gewaltsam zurechtgewiesen" und als Siegeszeichen, auf dem Gebäude der Akademie, die Hakenkreuzfahne gehißt. Nicht ein einziger Täter ist dem Polizeipräsidium zugeführt oder verhaftet worden. Zucht und Ordnung.

Im Ausland hat dieser Akt „spontaner Empörung" und die Art, wie Polizei und Behörden darauf reagierten, beträchtliches Aufsehen erregt. Nicht so in Berlin und nicht in Deutschland. Der Ueberfall auf die Kunstakademie war nur ein Zwischenfall im Rahmen des allgemeinen Geschehens und in dem sichtbaren Bemühen um Ordnung, Zucht und Sitte. Zu ihrer Förderung folgte der Runderlaß des Herrn Innenkommissars Goering an die preußische Polizei, mit der Anweisung, die Bestrebungen und Propaganda der nationalen Bewegung und ihrer Organisationen, SA., SS., Stahlhelm, tatkräftig zu unterstützen und rücksichtslos gegen die Gegner von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Dieser Erlaß erinnert an ein Intermezzo in Berlin-Friedenau, das einige Tage vorher sechzehn SA.-Leute in der Gastwirtschaft einer Witwe aufführten. **Gegen Mitternacht drangen sie auf Kommando durch Türen und Fenster in das Arbeiterlokal. Die Wirtin, ein 72jähriger Mann und fünf andere, beim Kartenspiel sitzende Gäste, wurde mit vorgehaltenen Revolver gezwungen aufzustehen und die Hände hochzuhalten. Der protestierende alte Mann erhielt Schläge, die Einrichtung wurde kurz und klein geschlagen und zum Schluß erhielt die Wirtin, deren Sohn in Frankreich gefallen ist, einen tödlichen Schuß in den Leib. Auch diese sechzehn SA.-Männer dienten mit Lust und Liebe der nationalen Bewegung, zur Erneuerung Deutschlands und für Zucht und Sitte!**

Diese hehren Tugenden werden neuerdings auch in den überwiegend katholischen Gegenden verbreitet. So am Montag in Kaiserslautern, nach einer Rede des früheren Reichskanzlers Brüning. Hier überfiel die SA. einen Umzug der „Bayernwacht". Ein Toter und einige Schwer- und Leichtverletzte waren das Ergebnis. Am Dienstag abend war in Krefeld eine geschlossene Mitgliederversammlung und Kundgebung der Zentrumspartei das Objekt „nationaler" Sitte und Erziehung. Die Kundgebung wurde von widerrechtlich und gewaltsam eingedrungenen SA.-Leuten gesprengt. Zu den Mißhandelten gehört der Führer der christlichen Gewerkschaften und frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald. Die Polizei hat dabei nicht nach dem Runderlaß des Innenministers Goering gehandelt. Sie versuchte die SA. zu beruhigen, was ihr „tätliche Angriffe" eintrug.

Aehnliche Vorkommnisse werden vom gleichen Abend aus Zentrumsveranstaltungen in Münster und Trier gemeldet. **Insgesamt sind in der Nacht von Dienstag zu Mittwoch in den verschiedenen Gegenden Deutschlands** sechs Menschen durch Ueberfälle oder politische Zusammenstöße **getötet, dreißig leicht und zwölf lebensgefährlich verletzt** worden. Zwei Tote gab es in Berlin-Spandau. Am Mittwoch wurde bereits am Vormittag in der Reichshauptstadt ein sozialdemokratischer Flugblattverteiler auf offener Straße durch einen Bauchschuß niedergestreckt. Ordnung, Zucht und Sitte?

Es scheint auch zu dieser Ordnung und Sitte zu gehören, Männer wie Braun und Severing wahrheitswidrig und wider besseres Wissen an allen Plakatsäulen als Diebe zu bezeichnen. Der „Völkische Beobachter" versteht die von Herrn v. Levetzow verlangte Sauberkeit des öffentlichen Lebens derart, daß er die Zentrumspartei eine „Breschbatterie gegen Deutschland" nennt, und in diesem Artikel von der Partei Brünings und Stegerwalds sagt: „Wir bestreiten ihr jedes moralische Recht irgendwelche Kritik zu üben; ihre Führer gehören von Rechts wegen vor den Staatsgerichtshof . . . Das wutverzerrte Gesicht der Verderber Deutschlands blickt uns heute aus jeder Zentrumszeitung entgegen, der infernalische Haß gegen das nationalistische Erwachen tönt aus jeder Zentrumsrede." **Mit derselben Zentrumspartei wollten Hitler und Goering noch vor wenigen Wochen eine gemeinsame Regierung bilden.**

Das sind die neuen Sitten in Wort und Tat! Was hilft es, wenn Hitler in einem Aufruf an die SA. die Störer und Stürmer der Zentrumsversammlungen als „Provokateure" abschüttelt und die Nazianhänger auffordert gegenerische Versammlungen zu meiden? **Das Straßenpflaster rötet sich vom Blut der Opfer des Bürgerkrieges. Immer länger wird die Reihe der Toten. Sie sind stumm und zeugen dennoch laut und vernehmlich von der Zucht und Ordnung im „erwachten" Deutschland.**

Auch zweites „Vorwärts"-Verbot aufgehoben

Berlin, 23. Februar.

Der „Vorwärts" veröffentlicht folgenden Schreibbrief des preußischen Innenministeriums:

Auf die Beschwerde vom 15. Februar 1933 gegen die Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin vom gleichen Tage, durch die die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Vorwärts" bis zum 22. Februar 1933 verboten worden ist, hebe ich die genannte Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin gemäß § 12 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. Februar 1933 auf.

I. A.: gez. Grauert.

Also war auch dies Verbot unberechtigt.

An das deutsche Volk!

An die Kameraden des Reichsbanners!

Einheit, Recht und Freiheit — die kostbarsten Güter der Nation, auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges verteidigt und erstritten und durch die Nationalversammlung in Weimar verbrieft, sind in äußerster Gefahr.

Aus den Zeiten schlimmster deutscher Vergangenheit ist die verächtliche Gewohnheit wieder auferstanden, Millionen von Volksgenossen außerhalb des gemeinsamen vaterländischen Rechts zu stellen. Die Soldaten des Weltkrieges, die im Lager des arbeitenden Deutschlands stehen, werden heute beschimpft, ihre Blutopfer verachtet, ihre Gesinnung verdächtigt. Das Jahrtausende alte Unglück des deutschen Volkes — die innere Zerrissenheit — steht wieder auf, das Land ist von Abgründen des Hasses zerrissen und in selbstmörderischer Zerfleischung droht Einigkeit, Recht und Freiheit zugrunde zu gehen.

Dieser verhängnisvollen Entwicklung hat sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund deutscher Kriegsteilnehmer und Republikaner, von Anfang an mit der ganzen Kraft seiner Organisation, mit dem bedingungslosen Einsatz von Leib und Leben seiner Kameraden entgegengeworfen. Um Deutschlands willen geht das Reichsbanner wiederum in den Kampf für die Einheit, das Recht und die Freiheit der Nation.

Deutschland kann ohne volle Freiheit nicht leben — der Verlust von Freiheit und Recht führt zum inneren und äußeren Untergang des Landes. Nie hat ein Volk die äußere Freiheit erstritten und erhalten, das die innere Freiheit verloren gehen ließ.

Die Wiederherstellung der Demokratie ist zur Lebensfrage für Deutschland geworden. Die selbstmörderische Zerstörung des Parlaments hat zur Entrechtung und Entmachtung des Volkes geführt.

Kameraden, Deutschlands Freiheit darf nicht untergehen. Das freiheitliche Deutschland blickt auf euch. In euren Händen liegen Zukunft und Schicksal der Nation. Schließt eure Reihen, tretet an! Für die Demokratie, für die Verfassung, für Einheit, Recht und Freiheit!

Für ein Deutschland ohne Hunger —
Für das Deutschland der Arbeit —
Für das junge Deutschland der Zukunft!

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Nazis vergewaltigen Zentrumsblatt

Sie stellen es aus eigener Machtvollkommenheit unter Vorzensur

Die Braunhemden machen sich von Tag zu Tag größere Rechte an. Aus der Stadt Kempen am Niederrhein wird berichtet, daß die nationalen Stützen der Hitler-Regierung im braunen Hemd sich die Frechheit erdreistet haben, das „Niederrheinische Tageblatt", die Kempener Zentrumszeitung, unter Vorzensur zu stellen. Dazu meldet die Berliner „Germania" in ihrer Freitag-Ausgabe:

„Nicht weniger schlimm, als dieser Uebergriff privater Gewalt, ist die Tatsache, daß der zuständige Landrat später in absolut rechtswidriger Weise die Kempener Polizei angewiesen hat, eine solche Vorzensur auszuüben. Die Deutsche Zentrumspartei hat, nachdem sie von diesen unglaublichen Vorgängen Kenntnis erhalten hatte, folgendes Protesttelegramm an Herrn Goering gerichtet:

„Am 22. Februar, nachmittags 4,30 Uhr, besetzt eine SA.-Abteilung die Druckerei und verlangt vor Herausgabe der Zeitung eine Nummer einzusehen, um diese gegebenenfalls zu beschlagnahmen. Der Polizeikommissar von Kempen erscheint auf Anruf und verlangt gleichfalls eine Nummer der Zeitung. Der Polizeikommissar sieht gemeinsam mit dem SA.-Führer die Zeitung durch und gibt sie frei. Am Donnerstag-Morgen hat der Verlag des „Niederrheinischen Tageblattes" vom Landrat eine Verfügung bekommen, daß der Polizeikommissar von Kempen beauftragt sei, die Zeitung vor der Herausgabe durchzusehen und festzustellen, ob sie herausgegeben werden darf. Erheben schärfsten Protest gegen Einschränkung der Pressefreiheit. Verlangen sofortige Anweisung an Landrat, seine Verfügung zurückzunehmen."

Das Berliner Zentrumsblatt bemerkt dazu:

„Angesichts solcher Uebergriffe ist es kein Wunder, daß sich die Gerüchte mehren, als ob der SA. polizeiliche Hilfsfunktionen übertragen seien oder übertragen werden sollen. Zumindest scheinen bei der SA. hier und da solche Vorstellungen zu bestehen. Wir erwarten, daß Herr Goering nicht nur den subalternen Verwaltungsstellen in Kempen eine offenbar notwendige Rechtsbelehrung erteilt, sondern auch die SA. darüber aufklärt, daß sie keine Befugnisse besitzt, die über die eines privaten Vereins hinausgehen. **Was sie sich in Kempen erlaubt hat, das ist Hausfriedensbruch und Nötigung, und man sollte auch heute noch annehmen dürfen, daß der zuständige Staatsanwalt seine Pflicht tut."**

Deutschland in Genf unterlegen

Deutschland bleibt mit seinem Antrag allein
Frankreichs Antrag mit sehr großer Mehrheit angenommen

Genf, 23. Februar (Eigener Drahtbericht)

Die Generalkommission der Abrüstungskonferenz hat am Donnerstag mit 21 Stimmen den Vorschlag Frankreichs angenommen, die Armeen des europäischen Kontinents zu vereinheitlichen durch Umwandlung in Armeen mit kurzer Dienstzeit und begrenzten Truppenstärken. Ein italienischer Abänderungsvorschlag wurde gegen fünf Stimmen (Italien, Rußland, Schweiz, Ungarn und Oesterreich) abgelehnt. Deutschland blieb mit seinem Gegenantrag allein.

Kommunistische Förderung der Einheitsfront?

Thälmann zeichnete einen Artikel in der „Roten Fahne" vom 26. Januar 1933, in dem es hieß:

> **„Die Kommunistische Partei . . . . . hat niemals und wird sich niemals vom Klassenfeind ihre Taktik oder gar den Termin der Entscheidungskampfes vorschreiben lassen."**

Fünf Tage später schrieb der sozialdemokratische „Vorwärts":

> **„Wir wiederholen, daß wir uns die Taktik nicht von unserem Gegner vorschreiben lassen, sondern selbst bestimmen werden, wann und wie wir unsere Kräfte einzusetzen haben."**

„Rote Fahne" und „Vorwärts" nahmen also in dieser Frage den einzig möglichen gleichen Standpunkt ein. Wie aber reagierte die „Rote Fahne" auf diesen Artikel des sozialdemokratischen Zentralorgans?

Der blinde Bruderhaß ließ das Kommunistenorgan „vergessen", daß es selbst vor kurzem das gleiche feststellte, und es schimpfte am 2. Februar 1933 frisch drauf los:

> „Während der Gegner handelt und Provokation auf Provokation häuft, kommt man euch damit, daß man sich das Gesetz des Handelns nicht vom Gegner vorschreiben lassen dürfe. **Wir sagen euch, daß sich hinter dieser billigen Phrase nichts anderes verbirgt als der Wille, die Arbeiterschaft überhaupt und zu jeder Stunde von allen aktiven Kampfhandlungen gegen die faschistische Diktatur abzuhalten."**

Wenn zwei das gleiche tun . . . dann ist es für die KPD.-Führung scheinbar noch lange nicht dasselbe. **Ist das Förderung der Einheitsfront?** Urteilt selbst!

Schließt die Eiserne Front! Je fester sie steht, desto früher kommt die wirkliche Einheit des werktätigen Volkes gegen Gewalt und Terror, für Sozialismus und Freiheit!

Liste 2!

Neue Nazi-Lügen

auch der Rundfunk verbreitet sie

Eisleben, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die im Rundfunk und von der Nazipresse verbreitete Nachricht, daß in Eisleben zwei bewaffnete Kommunisten in die Leichenhalle des Krankenhauses eingedrungen seien, um die dort aufgebahrte Leiche des SS.-Mannes Berk zu schänden, entspricht nicht den Tatsachen. Die beiden jungen Leute, die in der Nähe des Krankenhauses festgenommen wurden, sind Wilddiebe, die bei der Heimkehr von ihrer nächtlichen Arbeit von Polizeibeamten gefaßt wurden. **Einer ist Mitglied des Jungstahlhelms.** Weder die rechtsstehenden Zeitungen, die die Sensation des kommunistischen Leichenraubes veröffentlicht haben, noch der Rundfunk haben bisher eine Berichtigung ihrer Falschmeldung gebracht.

Frick muß Vorwurf zurücknehmen

Protest württembergischen Zentrums beim Reichspräsidenten

Stuttgart, 23. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichsinnenminister Dr. Frick hat die Frage der württembergischen Regierung nach dem authentischen Wortlaut seiner in Dresden gehaltenen Rede mit dem Hinweis auf die darüber erschienenen Zeitungsberichte beantwortet, die er selbst veranlaßt habe und von deren Inhalt er nichts zurückzunehmen hätte. Dennoch hat er den in dieser Rede gegen die württembergische Regierung erhobenen Vorwurf wegen der angeblichen Duldung eines „marxistischen" Plakates, auf dem ein Mitglied der Reichsregierung der Kriegsdrückebergerei bezichtigt worden sein sollte, fallen lassen müssen.

Keiner württembergischen Amtsstelle war ein solches Plakat bekanntgeworden, so daß das Stuttgarter Polizeipräsidium bei der Nationalsozialistischen Partei unmittelbar angefragt und sie um nähere Angabe darüber ersucht hat. Nachdem der Vorwurf bereits mehrere Tage ins Land gegangen war, mußte sich die württembergische Gauleitung bzw. ihr Geschäftsführer, Landtagsabgeordneter Friedrich Schmidt zu der Erklärung bequemen, daß dieser Vorgang sich nicht in Württemberg ereignet hätte. Frick blieb deshalb nichts übrig, als sich ebenfalls zu korrigieren.

Die deutschdemokratischen Abgeordneten des württembergischen Landtags haben an den Landtagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es unter Bezugnahme auf die Erklärungen von Frick heißt: „Nach alledem ist für das Land Württemberg höchste Gefahr im Verzug. Wir halten die sofortige Einberufung des Landtags für dringend erforderlich, damit die Volksvertretung erfahren kann, mit welchen Mitteln die württembergische Landesregierung diese gesetzwidrigen und unberechtigten Eingriffe in seine Landeshoheit zurückweisen will."

Außer der Deutsch-demokratischen Partei hat sich inzwischen auch die Zentrumspartei in einem vom Fraktionsführer Dr. Bezzel unterzeichneten Telegramm an den Reichspräsidenten gewendet, in dem angesichts der schweren Versammlungsstörungen der dringende Appell erhoben wird, sich mit der ganzen Autorität des hohen Amts „für Gleichheit des Schutzes und Versammlungsfreiheit einzusetzen".

Arbeiter-Sport

Fußballvorschau für den 26. Februar

Es spielen: **Herrnprotsch — Groß-Rädlitz in Herrnprotsch.** Hier erwartet man Herrnprotsch als Sieger. **West — Askania im Eichenpark.** West hat die Mannschaft völlig umgebaut und sollte über Askania sicher siegen. **Freiheit — V.f.R. in Schmolz.** V.f.R. muß in voller Besetzung antreten, wenn sie gegen Schmolz günstig abschneiden wollen. **Rosenthal — Kawallen um 15 Uhr in Rosenthal.** Hat Rosenthal wieder die alte Mannschaft zur Stelle, dann hat Kawallen nicht viel Aussichten auf Sieg. **Ohlau — 1921 in Ohlau.** Es ist kaum anzunehmen, daß 1921 so stark ist, um Ohlau Paroli bieten zu können. **V.f.B. — Hundsfeld in Gandau.** Es wird interessant sein zu beobachten, ob die erstklassigen V.f.L.er über die zu den stärksten Mannschaften der 2. Klasse gehörenden Hundsfelder siegreich bleiben können. **Rothsürben — V.f.B. in Rothsürben.** Wenn V.f.B. mit voller Mannschaft antritt, dann ist ihnen ein Sieg sicher. **Union — Wacker in Deutsch-Lissa.** Bei dem ausgesprochenen Kampfcharakter, über den die Mannschaft stets verfügt hat, kann Wacker leicht der Leidtragende sein. **Einheit — Rotweiß um 10,30 Uhr am Westpark.** Der Kräfteunterschied sollte doch zu groß sein, so daß Einheit um eine Niederlage nicht herumkommen dürfte. **Märzdorf — Adler in Märzdorf.** Beide Mannschaften verfügen über schußfreudige Stürmerreihen, so daß eine Voraussage schwer ist. **Janowitz — Lanisch in Janowitz.** Trotzdem das Spiel in Janowitz stattfindet, haben die Einheimischen keine Aussicht auf Sieg. **Oswitz — Blauweiß in Oswitz.** Sehr schwer ist es, hier eine Voraussage zu treffen, denn Oswitz weist in der letzten Zeit eine gute Formverbesserung auf. **V.f.R. — Vorwärts in Herrmannsdorf.** V.f.R. hat längere Zeit nicht gespielt, so daß ihr Abschneiden gegen Vorwärts sehr ungewiß erscheint. **Herta — Rapid in Gräbschen.** Entschieden muß Herta bessere Leistungen wie gegen Koberwitz zeigen, denn sonst heißt der Sieger Rapid. **Sturm — F.S.V. in Maria-Höfchen.** Sturm ist augenblicklich gut im Zuge und sollte auch am Sonntag gewinnen. **1928 — 1924 in Goldschmieden.** Es würde eine Ueberraschung bedeuten, wenn 1924 die auf eigenem Platze schwer schlagbaren 1928er besiegen sollte. **Tasmania — Einigkeit in Strehlen.** In Strehlen gibt es Großkampf, da Einigkeit in der Serienaufstellung antreten wird. Ob ihnen aber ein Sieg gelingt, ist fraglich. **Falke — Stern in Neukirch.** Es steht zu erwarten, daß Falke einen knappen Sieg erringen kann. **Pfeil — Alemannia auf der Brückenaue.** Obwohl sich Alemannia in letzter Zeit stark verbessert hat, dürften sie gegen Pfeil noch nicht gewinnen können. **Sparta — Herold am Schlachthof.** Herold ist eine ausgesprochene Kampfmannschaft, die den Gegner stets zwingt, alles zu zeigen. Sparta sollte also erst nach Kampf zu einem Siege kommen.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Achtung, Frauen! Am 6. März von 20—22 Uhr erste gemeinsame Turnstunde der Frauen unseres Vereins in der oberen Halle Liegnitzer Straße. Es beteiligen sich die 2., 4., 7., 5. Frauen-Abteilung. Gäste aus anderen Abteilungen willkommen.

Athletik

Kreismeisterschaft im Ringen. Die für Sonntag angesetzten Kämpfe um die Mannschaftsmeisterschaft im Ringen müssen auf später verlegt werden.

An alle Athletenmitglieder. Am 14. März beginnt in Breslau ein Kursus zur Ausbildung von Kampfrichtern im Heben und Ringen für Anfänger und Fortgeschrittene. Wer Interesse daran hat, melde dies seinem Vereinsleiter.

Sportklub Herold — Sacrau. 4. März: Monatsversammlung im Vereinslokal. Freitag, den 3. März, beteiligt sich alles an der Kundgebung der Eisernen Front in Sacrau.

Freie Sportvereinigung Lanisch. 3. März, 20 Uhr, Vollversammlung. Aufstellung zur Serie.

SV. Einigkeit. 2. März, 19,30 Uhr, Werbefilm. Gäste willkommen. Unkostenbeitrag 10 Pfennig.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, Breslau. 26. Februar, 9 Uhr, Bezirksfahrwartekonferenz im Zentralballsaal, Westenstraße 50/52. Jugend-Abteilung. 26. Februar, 18 bis 22 Uhr, im Heim, Michaelisstraße 36. Kinder-Gruppe. 26. Februar, 15 bis 18 Uhr, Zusammenkunft im Heim, Michaelisstraße 36.

Wassersport

Freie Schwimmer Breslau. Jugendabteilung. Montag, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10: Vortrag über China. — Abteilung Nord. Die nächste Monatsversammlung ist erst am 4. März. Genosse Ansorge spricht über Die neue Wettkampfordnung. — Kinderabteilung Nord. Sonntag: Wanderung. Treffpunkt 14 Uhr Kleinbahnhof.

Schachnachrichten

Arbeiterschachverein Breslau. Sonnabend, den 25. Februar, wichtige Vorstandssitzung im Gewerkschaftshause.

1. Bezirk, 14. Kreis. Sonnabend, den 25. Februar, 20 Uhr, Bezirksratssitzung.

Familien-Anzeigen

Nachruf!

Am 21. Februar 1933, mittags ¾1 Uhr, verstarb unser alter Freund, der eifrige Mitarbeiter in unserer Bewegung

Geh. Sanitätsrat

Dr. med. Hegemer

im ehrenvollen Alter von 86 Jahren.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Groß Breslau

Die Einäscherung hat bereits in aller Stille stattgefunden

Verlobungs- und Vermählungs-Karten

schnell • modern • preiswert

Volkswacht-Druckerei

Breslau 2 • Flurstraße 4

Jetzt müssen Sie Ihre Schuhe in Ordnung bringen

Ledersohlen usw. kaufen Sie am besten bei

Walter Neuser, Neumarkt 21

Goldene Trauringe

tugendlos — Gravierung gratis 657
Stadtbekannt billigste Preise
Größtes Lager auch in
Uhren und anderen Geschenk-Artikeln
Für streng reelle Bedienung bürgt das 47 jährige Bestehen meiner Firma
Albert Mötwins Tel. 274 81
Gegründet 1886 Schmiedebrücke 56
Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur in der Schmiedebrücke

Handwerks-Möbel

Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer sowie Küchen
Einzelmöbel u. Polsterwaren zu billigsten Preisen
Verkaufsgesellschaft
selbständiger Tischlermeister e. G. m. b. H.
nur Schuhbrücke 19/21

5 Mark

sind keine große Summe!
Wenn aber jeder Leser der
Volkswacht
pro Monat für 5 Mark bei ihnen kauft, sind Sie ein gemachter Mann!

STADTTHEATER
Freitag, 19.30 bis gegen 23
Tango um Mitternacht
Sonnabend, 19.30 bis gegen 23
Abonn.-Vorstellung G 11
Tannhäuser
Sonntag, 15 bis 17.30
(Ausnahme-Preise)
Zoska
19.30 bis gegen 23
Tango um Mitternacht

LOBETHEATER
Täglich 20.15—22.40
Prinz Friedrich von Homburg

GERHART-HAUPTMANN-THEATER
Täglich 20.15—22.15
Donna Diana

SCHAUSPIELHAUS
OPERETTENTHEATER
Telefon 563 66
Infolge des sensationellen Erfolges bis auf Weiteres tägl. 2 × 4.30 u. 8.15 Uhr
Im weißen Rößl
Nachm. 1.25 abends 30 Pf. bis 2.50
Sonnabend, 25. u. Sonntag, 26. Februar, nachm. 2½ Uhr: Breslauer Kinder-Theater
„Und wer führt mit?"
Preise: 30 Pf. bis 1.25

Frank Hauptsache nur Blücherplatz 20, I. Ecke Ring, früher Karlstr. 1.
Leihweise
Smoking u. Gehrocksanzüge
Klapphüte • Tel. 57082

WELTBÜHNE
Friedrich-Wilhelm-Str. 59
Wo.S. So.S. Letzte Vorst. 8½
— 1. Teil —
1½ Stunden größter Spannung
DAS GEHEIMNIS UM JOHANN ORTH
Der abenteuerliche Lebens- und Liebesroman des verschollenen Erzherzogs Johann
mit Hansi Niese
die prominenteste deutsche Filmstars
— 2. Teil —
Über eine Stunde jubelnde Faschingsfreude!
ANNY ONDRA
in ihrem tollen Lachschlager
DIE UNAUSSTEHLICHE FREUNDIN
Das große Doppel-Tonfilm-Programm
zu billigsten Eintrittspreisen: 50, 70, 90 Pf.
Erwerbslose 35 und 40 Pf.

Unsere Inserenten bürgen für Qualität!

Ernst Grenzlich
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren
Breslau I, Graben 11
Telefon 54801
Zweiggeschäft:
Wilhelmshavener Str. 97
Telefon 43425
Beachten Sie Qualität und Preise

ATLANTIK
Gräbschener Straße 74 Fernsprecher 585 08
Beginn 4.50, 6.10 Uhr, letzte Vorstellung 9 Uhr.
Diese Woche bringen wir den großen Lustspiel-Erfolg der Ufa!
Käthe von Nagy — Willy Fritsch
in
Ich bei Tag und Du bei Nacht
Das ist der Ufa-Tonfilm, so wie Sie ihn wünschen, unbändig lustig, mit bester Besetzung, entzückenden Schlagern, unterhaltend von A bis Z.
Dazu: Der große bunte Filmteil!
Auf der Bühne: **Dina Dietrich**
die hervorragende Gesangs- und Vortrags-Künstlerin

Zentral
Theater — Westendstr. 50
Bis einschl. Donnerstag, den 2. März
Das unerhörteste Tonfilm-Doppel-Programm!
1. Die große deutsche Tonfilm-Operette!
Magda Schneider — Fritz Schulz in
Sehnsucht 202
Die romantische Geschichte einer vertauschten kleinen Anzeige
2. Der berühmte Millionen-Tonfilm in deutscher Sprache!
Tarzan, der Herr des Urwaldes
mit Jonny Weißmüller
Eine der Riesenschöpfungen Amerikas, gleich „Ben Hur" und „Arche Noah". Ein Welterfolg.
Auf der Bühne: **The 2 Karras**
Klassisch-goldene Skulpturen und Tanz
Beginn: Tägl. 4.30 Uhr, letzte Vorst. 8.45 Uhr

. . . . und ich sage Ihnen auf Ehrenwort, wenn Sie
Herzbergs Lebenstropfen
probieren, so werden Sie diese stets im Hause halten, weil sie bei Grippe, verdorbenem Magen und Uebelkeit ein wirklicher Wohltäter der Menschheit sind.
Tausende Anerkennungen liegen vor.
1/1 Fl. 50% . . . . . 3/4 Ltr. RM 4.60
1/2 Fl. . RM. 2.15 1/4 Fl. . RM 1.25
Alleinige Fabrikanten
Herzberg & Co., Breslau 13
Hauptgeschäft: Höfchenstraße 48
Filialen: Blücherplatz 17-18, Michaelisstr. 8, Leuthenstraße 10, Klosterstraße 64, Selenkestraße 17
Filialen: Frankfurter Straße 108 gegenüber dem Schlachthof, Gneisenauplatz 7, Bohrauer Straße 14, Ecke Lehmgrubenstraße
Niederlagen: Gräbschenerstraße 66 • Brockau, Bahnhofstraße 6

1933: Karl-Marx-Jahr

Der 50. Todestag Karl Marx' im März dieses Jahres ist für die sozialistische Arbeiterschaft Anlaß für ein Kampfjahr besonderer Art. Die heutige politische Lage, die Leute vom Herrenklub, die Nazis und der auch so bankrotte Kapitalismus zwingen uns, in diesem Jahre mit erhöhter Aktivität für unsere Partei, für unsere Gewerkschaft zu kämpfen. Karl Marx und Friedrich Engels helfen uns durch ihre ausgezeichneten Schriften, die heutigen Verhältnisse und die so notwendige Mitarbeit in unserer Bewegung besser zu verstehen. Die Bourgeoisie feiert 1933 als Wagner-Brahms-Jahr! Für die sozialistische Arbeiterschaft ist 1933 ein Karl-Marx-Kampfjahr!

Karl-Marx-Schriften aus dem Zentralverlag J. H. W. Dietz:

Lohnarbeit und Kapital
In den Vorträgen über „Lohnarbeit und Kapital", die Marx im Deutschen Arbeiterklub in Brüssel hielt, finden sich in unentwickeltem Zustande alle die Gedanken, die er später im „Kapital" ausführte. Die Schrift ist leichtverständlich geschrieben! . . . . . —.30 Mk.

Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte
Mit einer Einleitung von J. P. Mayer. Das Buch bietet Gelegenheit zu sehr interessanten Vergleichen mit der Gegenwart . . . . . 1.70 Mk.

Die Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation
Die Inauguraladresse enthält auf wenigen Seiten einen Abriß der Arbeiterbewegung seit 1840, dazu eine Zusammenstellung der 1864 notwendigen Arbeiterforderungen . . . . . —.70 Mk.

Aus dem Wiener Parteiverlag:

Karl Marx — Friedrich Engels: Das Kommunistische Manifest
Mit einer Einleitung von Max Adler. Das Kommunistische Manifest ist zum weltgeschichtlichen Dokument geworden. Als solches bedarf es keiner Empfehlung. Seine Kenntnis ist unumgängliche Voraussetzung für die Kenntnis des modernen Sozialismus . . . . . —.40 Mk.

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau II, Flurstraße 4

Edeka-Brot billiger und besser!
Nur zu haben in
Edeka-Geschäften

Zum Marx-Jahr 1933
Karl Marx
Ein Lebensbild von Dr. WILLY COHN
Preis nur 50 Pfennig
Zu haben in der Volkswacht-Buchhandlung Breslau 2, Flurstr. 4
Zu beziehen durch alle Literatur-Obleute

Zeitgemäße Ia federdicht u. echtrot Deckenbreite 1.25, 95 Pf., Kissenbreite 85, 75, 68 Pf. Friedländer, Sonnenstr. 30.

Kleine Anzeigen sind in der Volkswacht billig u. erfolgreich

Kunststopfen
von Löchern und Rissen in Ihren Kleidern
führt geschickt und billig aus
Färberei Karl Berrens
Friedr.-Wilhelm-Str. 61

Wohnungen
Junger Parteigenosse und Reichsbannerkamerad
sucht Schlafstelle.
Offerten unter B. 163 an die Volkswacht, Flurstr. 4 erbeten

Kleine Anzeigen
sind kompert gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. zur gefl. Privaten. Wort 3 Pfennige, — fett 4 Pfennige —

350 ccm Schütthoff-Spezialrennmaschine, obengesteuert, Bosch-Zündung, verst. mit engl. Hefferd-Beiwagen, Adlerschreibmaschine 4 reihig und 3 Röhren-Neubatteriegerät mit Selektionsperrkreis, neu, komplett für 35 - Mk., verkauft Meisengasse 5, Hth., III., links.

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Ludwig; für die Anzeigen: Max Tschea. — Redaktion: Gräbschenstraße 3. — Hauptexpedition: Flurstr. 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Ein Mord nach vier Wochen aufgedeckt

Das Verschwinden eines sechzehnjährigen Mädchens namens Ilona Toth aus Szegedin hat nach einem Monat eine furchtbare Aufklärung gefunden. Zwei Freundinnen der Verschwundenen entdeckten gestern bei einem Besuch in der Wohnung des Heizers Balint einige Kleidungsstücke des verschwundenen Mädchens. Balint, der Heizer in einem Szegediner Lichtspieltheater war, wurde verhaftet. Er gestand, das Mädchen verbrannt zu haben. Das Mädchen habe die Nacht zum 29. Januar bei ihm verbracht. In der Frühe wollte er sie wecken, aber das Mädchen sei bewußtlos gewesen. Da er gefürchtet habe, daß der unerlaubte Besuch entdeckt und er seine Stellung verlieren werde, habe er den leblosen Körper des Mädchens in dem Heizkessel verbrannt. Am anderen Tage habe er die Ueberreste mit der üblichen Asche hinausgeschüttet.

Nationale Taten

Haust du meinen Bismarck, so haue ich deinen Fuß

Nach einer Meldung aus Prag muß binnen 14 Tagen die auf dem Grünberge bei Eger vom Verein „Egerländer Heimat" angebrachte Bismarcktafel mit einem Bildnisrelief des Kanzlers entfernt werden. Die Maßnahme erfolgt auf Grund eines Verbotes der politischen Bezirksbehörde Eger und des Landesamtes in Prag mit der Begründung, die Bismarcktafel stelle „das Sinnbild eines dem tschechischen Volk feindlich gesinnten Staatsmannes staatsfeindlichen Charakters dar." Deshalb ist von deutscher Seite beabsichtigt, die auf dem Hushause zu Konstanz angebrachte Gedenktafel entfernen zu lassen, falls es zur Beseitigung der Bismarcktafel auf dem Egerer Grünberge kommt.

Zwei Hamburger Touristen von einer Lawine verschüttet

Von einer Lawine wurden in der Nähe von Guttal in Kärnten zwei Wintergäste aus Hamburg, der Versicherungsbeamte Runge und die Kontoristin Hildebrandt, verschüttet. Dem Mann gelang es, sich selbst herauszuarbeiten; er stürzte aber dann über einen Steilhang tödlich ab. Die Leiche wurde geborgen. Die Suche nach der Begleiterin wird fortgesetzt.

Verschüttet

Im Revier VII der Recklinghausener Zeche „König Ludwig" wurden drei Bergleute von herabstürzendem Gestein verschüttet. Ein Häuer wurde getötet, zwei Bergleute erlitten schwere Verletzungen.

Verurteilte Falschmünzer

Die 6. Strafkammer des Hamburger Landgerichts verurteilte am Mittwoch den Gewohnheitsverbrecher Arnold Petersen wegen gemeinschaftlichen Münzverbrechens bzw. Beihilfe zum Münzverbrechen oder Münzvergehen zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, ferner 10 Mitangeklagte ebenfalls zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen. Petersen und seine Komplicen haben falsche 20-Markscheine angefertigt und verbreitet. Ihre Werkstatt war im Oktober vergangenen Jahres ausgehoben worden.

Brolat-Antrag

Im Prozeß gegen den früheren BVG.-Direktor Fritz Brolat beantragte der erste Staatsanwalt Rombrecht gegen den Angeklagten am Donnerstag eine Strafe von einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus unter Anrechnung der Untersuchungshaft sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren. Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, daß Brolat in allen drei ihm zur Last gelegten Punkten wissentlich falsche Aussagen gemacht habe. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte den Freispruch seines Mandanten, da er ihn für unschuldig halte. Ebenso bat Brolat in seinem Schlußwort um Freispruch. Er erklärte, daß er bewußt keinen Meineid geleistet habe und daß er das Tapolski-Protokoll niemals unterschrieben haben würde, wenn er gewußt hätte, daß es die Grundlage eines gerichtlichen Verfahrens bilden könne. — Das Urteil wird am Sonnabend verkündet.

Neuer Auto-Weltrekord

Der englische Automobil-Rennfahrer Campbell erhöhte am Mittwoch in Florida seinen alten Weltrekord von 408,047 Stundenkilometer auf 437,914 Stundenkilometer. Dieser Rekord bedeutet 121,643 Meter in der Sekunde.

Ein neuer Plan zur Wellenlängenverteilung

Die Konferenz des Internationalen Rundfunkverbandes in Brüssel hat einen neuen Plan für die Verteilung der Wellenlängen in Europa ausgearbeitet. Der von einigen Vorbehalten einzelner Länder begleitete Plan wird der schweizerischen Regierung zugesandt werden, die ihn den verschiedenen Postverwaltungen zukommen lassen wird, zur Vorbereitung für die nächste Regierungskonferenz, die im nächsten Mai in Luzern abgehalten werden wird.

Proleton

Gabitzstraße 20 — Tonfilmbühne — Hölchenstraße 49

Ab Freitag bis Donnerstag, den 2. März 1933

Das Bomben-Programm

Hans Albers **Der weiße Dämon**
Lucie Höflich, Gerda Maurus, Trude von Molo, Alfred Abel, Peter Lorre usw.

Szöke Szakall **Besserer Herr gesucht . .**

Erich Kästner **Woher kommen die Löcher . . . .**

Gold des Nordens

Neue Tonwochenschau

Täglich ab 4.30, 6, 8.45 Uhr. Preise ab 30 Pf für Erwerbslose

Sonntag ½3 Uhr: **Gr. Kindervorstellung**
Der fliegende Teufel und **Tonbeiprogramm**

Aus Preußens Vorleben

Das weiße Stäbchen — das Hakenkreuz von 1848

Dieser Tage kommt ein Buch heraus, das sehr dazu angetan ist, Verständnis für die Gegenwart durch Erkenntnis der Vergangenheit zu schaffen: Kurt Kerstens sehr lesenswertes Geschichtsbuch „1848" (Kiepenheuer Verlag). Kerstens Buch unterscheidet sich von anderen Darstellungen dieser Zeit dadurch, daß es den großen Kampf zwischen Feudalismus und Liberalismus in den Jahren zwischen dem Sturz Napoleons und dem Sturz seines mächtigen europäischen Nachfolgers Metternich nicht nur als einen Kampf zwischen diesen beiden Gegnern schildert, sondern auch als gemeinsamen Kampf gegen einen dritten Gegner, der damals fast noch gar nicht leiblich auf der europäischen Bühne stand, aber doch schon als Gespenst auf ihr vorspukte: das Proletariat. In der gemeinsamen Angst vor dem Proletariat sieht Kersten mit Recht den Grund für den Zusammenbruch der bürgerlichen Revolution von 1848: in zwölfter Stunde erkannte damals das Bürgertum, daß seine Furcht vor dem Arbeiter größer ist, als sein Gegensatz zum Junkertum.

Die Jahre 1815 bis 1848 gelten gewöhnlich als leere Jahre. Kersten zeigt, welch enorme Entwicklung das Deutschland dieser sogenannten leeren Jahre gehabt hat. 1835 betrug die Länge der Eisenbahnstrecken nur 6 Kilometer; 1845 waren es 23 000, 1850 bereits 838 000 Kilometer. Bis zum Jahre 1825 gab es 16 Aktiengesellschaften mit 34 Millionen Mark Kapital; 25 Jahre später gab es 102 Gesellschaften mit 637 Millionen Mark Kapital. Aber diese Zeit, die ein so rapides Wachstum aufwies, wurde von den Junkern Preußens in einen künstlichen Schnürleib gepreßt.

Wo eine Neigung zum Freieren war, wurde sie mit Gewalt unterdrückt. Arndt wurde von seinem Amt als Professor in Bonn suspendiert; Schleiermacher drohte Entlassung; Humboldt mußte als Kultusminister ausscheiden; der Historiker Welker wurde nach Hause geschickt. In Hannover unterlagen sogar Hochzeitsgedichte und Leichenreden der Zensur. Geistliche wetterten von der Kanzel herab gegen den „schrecklichen Zeitgeist": alle Kräfte seien über die Ufer getreten, man fordere sogar Freiheit und Gleichheit, aller Respekt vor dem Höherstehenden wäre verschwunden. Beifällig hörte der König von Preußen solche Predigten: „Schöne Rede gehört, sehr zweckmäßig, kann sich mancher ins Gewissen greifen!" Und der regierende Publizist Friedrich Gentz, Metternichs „Feder", schrieb kategorisch: „Es bleibt bei meinem Satz: es soll zur Verhütung des Mißbrauchs der Presse binnen . . . . Jahre gar nichts gedruckt werden. Punktum." Gewiß geht auch in Zeiten des offiziellen Dunkels das Licht in den einzelnen Gehirnen nicht aus; aber diese Gehirne dürfen in diesen Zeiten ihr Licht nicht leuchten lassen. Was nützte es, daß Humboldt erkannte: „Alles bloß polizeiliche Treiben verfehlt allmählich seinen Zweck, es macht das Uebel in seiner Wurzel immer schlimmer und kommt nie dahin, alle Ausdrücke zu hemmen, ja nur zu entdecken?" Was nützte es, daß kurz nach dem Frankfurter Putsch, 1833, einer der größten Dramatiker Deutschlands, der junge Georg Büchner schrieb: „Man wirft den jungen Leuten den Gebrauch der Gewalt vor. Sind wir denn nicht in einem Gewaltzustand?" . . .

Was nennt Ihr denn einen gesetzmäßigen Zustand? Ein Gesetz, das die große Masse der Staatsbürger zum fronenden Vieh macht, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen? Und dies Gesetz, unterstützt durch eine rohe Militärgewalt und durch die dumme Pfiffigkeit seiner Agenten, dies Gesetz ist eine ewige rohe Gewalt, angetan dem Recht und der gesunden Vernunft"? Nichts nützten diese Erkenntnisse der geistlichen Menschen jener Tage! Es regierte jene absolute Macht, die nicht nach Wahrheit und Gerechtigkeit fragt.

Und als die Stunde kam — in Paris, in Wien, in Berlin — da diese Macht zusammenbrach? Da bildete das Bürgertum eine Schutzkommission, um die Menge zu beruhigen. Die Mitglieder der Kommission sollten weiße Stäbe und eine Binde tragen; die Länge der Stäbe war genau vorgeschrieben: sie durfte nicht mehr als anderthalb Fuß betragen. Nicht vor diesen Stäben der Bürger, wohl aber vor den Barrikaden der Arbeiter wichen der König und sein preußischer Adel einen Augenblick — aber einigten sich diese Stäbchen mit den Kanonen des preußischen Königtums — und wurden bald zerbrochen.

Nur NIVEA-CREME kaufen!
Nichts anderes! Denn es gibt eben keine andere Hautcreme, die das hautverwandte Eucerit enthält!

Bobkatastrophe

In der Nähe von Mayen (Rheinland) fuhr ein mit sechs jungen Leuten besetzter Bobschlitten in einer Doppelkurve gegen das Geländer einer Eisenbahnbrücke. Der zwanzigjährige Lenker des Schlittens wurde tödlich, ein anderer Mitfahrer lebensgefährlich verletzt.

„Künstlerische" Währung

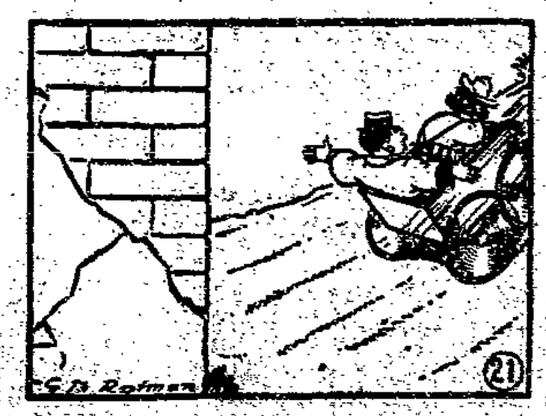
Der amerikanische Finanzfachmann Harrington macht in einer Newyorker wirtschaftspolitischen Zeitung den Vorschlag, die amerikanischen Kunstschätze zur Grundlage einer neuen amerikanischen Währung zu machen.

Auch Amerika unter einer dicken Schneedecke

Nicht nur Europa liegt gegenwärtig unter einer dichten Schneedecke — wie unsere Aufnahme aus Lake Arrowhead in Kalifornien zeigt, sind dort sogar so starke Schneewehen, daß zahllose Kraftwagen auf den Landstraßen eingeschneit sind.

Abenteuer von Yoschi Oelnuß und Peter Kohlschwarz

Von E. Th. Rotman



21.

Dann, auf einmal, — was gab es dort für Angstgeschrei? Es waren Yoschi und Peter, die mit ihrem Wagen unten am Hügel angelangt waren, und jetzt zu ihrem großen Schrecken den Giebel des Hauses von Herrn und Frau Schnepfe schnell näherrücken sahen. Sollten sie sich daran den Kopf zerschmettern? Schrecklich, welch eine Lage!

22.

Bums! Da prallte das Miniaturgefährte gegen das Haus, knapp unter dem offenen Fenster. Yoschi und Peter schlugen einen schönen Purzelbaum, worauf sie durchs Fenster hineinflogen, holterdipolter quer über den Tisch rollten und mitsamt dem Siruptopf und einem Teil der Pfannkuchen auf dem Teppich landeten. Frau Schnepfe war wütend. „Sieh mal einer an!" rief sie aus, „ein großer Kerls Sirup auf meinem zuletztgekauften neuen Teppich!"

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

An die Land- und Forstarbeiter in Schlesien

Das deutsche Volk soll am 5. und 12. März wieder einmal wählen. Auch der Land- und Forstarbeiter steht vor der Entscheidung, wie er an diesen beiden Tagen wählen soll.

Für die im Deutschen Landarbeiter-Verband organisierten Kolleginnen und Kollegen gibt es keine weiteren Erwägungen. Sie wählen wie immer ihre Partei, die Sozialdemokratische Partei.

Es gibt aber noch manchen Arbeiterwähler auf dem Lande, der nicht weiß, wen er wählen soll.

Die trübe Schlammflut von Verleumdungen und Geschichtsverfälschungen, die sich über ihn tagtäglich ergießt, hat ihn verwirrt gemacht. Darum hört zu, ihr irregemachten Landarbeiterinnen, Land- und Forstarbeiter.

Die „Novemberverbrecher, die verhaßten Marxisten" haben euch 1918 vor allem ein würdiges Menschenrecht gegeben.

Die „Novemberverbrecher" haben die Landarbeitsordnung geschaffen und mit einem Strich alle Gesindeordnungen beseitigt.

In den von den „Novemberverbrechern" beseitigten Gesindeordnungen wurde die Arbeitseinstellung, der Streik, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Dadurch sollten die ländlichen Arbeiter ihre Lohnforderungen nicht geltend machen können.

Die „Novemberverbrecher", die marxistischen Gewerkschaften brachten den Land- und Forstarbeitern Tarifverträge, die das Arbeitsverhältnis bis auf das Letzte regelten.

Die gleichen Landwirte, die nicht genug über die Marxisten und „Novemberverbrecher" schimpfen können, stellen sich heute, wo eine Regierung nach ihrem Sinn am Ruder ist, vor das Arbeitsgericht hin und sagen kaltschnäuzig

Tarifverträge gibt es bei uns nicht mehr, wir zahlen was wir für richtig halten.

Geht ihr euch an auf den Arbeitsgerichten. Diese Landwirte tragen fast alle das Hakenkreuz oder den Stahlhelm als Abzeichen.

Wollt ihr die wählen, die euch den Tarifvertrag beseitigen wollen?

Holt einmal eure Lohntüten aus den Jahren 1928, 1929, 1930 hervor und vergleicht die damaligen Löhne mit dem, was ihr heute noch habt.

Wo ist die Erntezulage, wo ist der Rübenakkord, wo sind die Akkordlöhne der staatlichen und der Privat-Forstarbeiter von damals geblieben?

Je stärker die Anti-Marxisten, je stärker vor allem die Nazis wurden, umsomehr ging der Lohn zurück.

Als wir stark waren, als wir Einfluß hatten, wurde der Lohn aufgebaut.

Wir im Landarbeiter-Verband organisierten Kolleginnen und Kollegen rufen euch zu, überlegt euch das bis zur Wahl recht eingehend. Dann gibt es für euch auch nur die eine Entscheidung, wir wählen das was ihr wählt, wir wählen die

Sozialdemokratische Partei, Liste 2!

Die Marxisten haben uns keine leeren Versprechungen gemacht, sie haben uns wirklich geholfen. Die Lohntüten beweisen es.

Die brutalsten Feinde der Gewerkschaften und der Marxisten, die Nationalsozialisten, haben den Land- und Forstarbeitern nur leere Versprechungen gebracht.

Kein Landwirt mit dem Hakenkreuz zahlt die von dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Hildebrand in der parteiamtlichen Schrift Nr. 17 versprochenen 2000 Mark Jahreslohn. Kein Hakenkreuz-Landwirt gibt den Landarbeitern die versprochene Vierzimmerwohnung. Kein Hakenkreuz-Landwirt hat für seine Landarbeiter die versprochene Badeeinrichtung geschaffen.

Alles das wurde den Landarbeitern in Aussicht gestellt, wenn die Nazis an die Macht kommen. Heute sind sie an der Macht und ihr Landarbeiter und Landarbeiterinnen, ihr Forstarbeiter, wartet vergeblich auf die Durchführung dieser Versprechungen.

Zwei Vier-Jahresprogramme, Versprechungen auf lange Sicht, das ist alles, Kollegen.

Nein! werdet ihr sagen, jetzt ist es aber genug mit diesen Sprüchemachern. Die werden nicht gewählt.

Wir wählen die

Sozialdemokratische Partei, Liste 2!

Organisiert Landarbeiter, Industriearbeiter, sorgt dafür, daß diese Tatsachen allen anderen Arbeitern auf das Genaueste bekannt werden.

Die Arbeitslosenversicherungsbeiträge der Kranken

Das Reichsversicherungsamt hat in einer sehr anfechtbaren Entscheidung ausgesprochen, daß auch erkrankte Arbeitnehmer während Fortbestehens des Beschäftigungsverhältnisses Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe zu entrichten hätten. Wegen der katastrophalen Auswirkungen dieses Urteils (die Arbeitgeber wollten schon zur Entlassung aller erkrankten Arbeitnehmer schreiten) hatte bereits die Reichsanstalt in einem Schreiben vom 18. Januar 1933 zum Ausdruck gebracht, daß diese Entscheidung des Reichsversicherungsamtes wohl nur auf jene Fälle anzuwenden sei, in denen der Arbeitnehmer während der Krankheit Lohn oder Gehalt weiterbezieht. Diesen Standpunkt der Reichsanstalt hat neuerdings der Reichsarbeitsminister in einem Schreiben vom 4. 2. 1933 ausdrücklich gebilligt, jedenfalls bis zu einer anderweitigen Entscheidung des Reichsversicherungsamtes. Auch dieser Zustand kann noch nicht befriedigen, da auch bei Weiterzahlung des Entgelts die Erhebung von Beiträgen während der Krankheit eine Härte bedeutet. Es ist darum zu hoffen, daß das Reichsversicherungsamt seine erste Entscheidung in Anbetracht der katastrophalen Auswirkungen noch einmal überprüfen wird. Der Reichsarbeitsminister hat sich im Übrigen weitere Maßnahmen in dieser Sache vorbehalten.

Nach drei Wochen

Nichts hat sich gebessert!

Der neue Arbeitsmarktbericht

Die Reichsanstalt veröffentlicht ihren neuen Arbeitsmarktbericht. Er erstreckt sich auf die Zeit vom 1. bis 15. Februar. Was besagt der neue Bericht?

Millionen haben in Deutschland erwartet, daß mit dem Augenblick, wo Hitler die Macht übernehme, nun endlich auch eine Wendung zum Besseren oder doch wenigstens ein Anfang zu einer solchen Wendung sichtbar werde. Der Bericht der Reichsanstalt bemüht sich, den traurigen Zahlen noch eine gute Seite abzugewinnen. Wer aber die Zahlen etwas genauer ansieht, erkennt leicht, daß wir mit der Arbeitslosenziffer auch in diesem Jahr wieder einmal höher liegen als im Vorjahr. Wenn das Zunahmetempo sich etwas verlangsamt hat, so ist das wahrhaftig kein Wunder und kein Trost. Auch die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist Arbeitslosigkeit, und im übrigen macht man nun schon seit einem halben Jahr allerhand Versuche, durch direkte und indirekte Arbeitsbeschaffung die Dinge wieder etwas einzurenken. Berücksichtigt man all das, dann kommt man nur zu der traurigen Feststellung: Nichts hat sich gebessert.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen folgendermaßen: Am 15. Februar waren bei den Arbeitsämtern rund 33 000 Arbeitslose mehr gemeldet als Ende Januar. Die Reichszahl der Arbeitslosen an diesem Stichtag bleibt mithin mit rund 6 047 000 um rund 80 000 hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres zurück. Bei einem Vergleich ist jedoch zu beachten, daß innerhalb des vergangenen Jahres die sogenannte unsichtbare Arbeitslosigkeit angewachsen ist. Selbst unter Berücksichtigung dieser Tatsache bleibt die geringere Zunahme gegenüber der Entwicklung im Vorjahre bemerkenswert. Seit dem tiefsten Punkt des Jahres 1932, Ende Oktober, ist die Arbeitslosenzahl um rund 938 000 gestiegen, während zwischen dem tiefsten Stand des Jahres 1931, der bereits Ende Juni lag, und dem 15. Februar 1932 eine Zunahme um nicht weniger als 2 173 000 zu verzeichnen war.

Durch die Reichsanstalt wurden Mitte Februar nahezu 2½ Millionen Arbeitslose unterstützt, und zwar stieg während der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 10 000 auf rund 963 000, in der Krisenfürsorge um rund 52 000 auf rund 1 471 000. Diesen 2½ Millionen stehen etwa ebenso viel anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gegenüber; seit Ende Januar (2 458 000) dürfte sich diese Zahl nicht wesentlich vermehrt haben. Rund 177 000 Arbeitsdienstwillige waren Ende Januar bei Maßnahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt, deren Weiterführung über die Wintermonate ermöglicht wurde. Das Notwerk der deutschen Jugend erfaßt rasch steigende Zahlen von Jugendlichen; schätzungsweise dürfte zur Zeit die Zahl von 200 000 überschritten sein. Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge wurden durch die Jahreszeit stark eingeschränkt, so daß Ende Januar nur noch etwa 22 000 Notstandsarbeiter gezählt werden konnten.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist natürlich größer, als die amtlichen Ziffern verraten. Das ergibt sich schon aus der Beschäftigungszahl der Krankenkassenstatistik; diese Zahl ist im Dezember bereits doppelt so stark gesunken, als die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Daraus muß man folgern, daß Hunderttausende von Entlassenen sich nicht bei den Arbeitsämtern melden. Die Zahl der erfaßten Arbeitslosen zusammengerechnet ergeben, daß die augenblickliche Arbeitslosigkeit größer ist als vor einem Jahr.

Die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist im nationalsozialistischen „Angriff" noch kurz vor der Uebernahme der Regierung durch Hitler außerordentlich hoch geschätzt worden. Der „Angriff" sprach von einer Gesamtarbeitslosenziffer in Höhe von 10 Millionen. Danach müßten 4 Millionen unsichtbare Arbeitslose vorhanden sein. Zweifellos hat der „Angriff" absichtlich übertrieben. Er wollte vor der Regierungsübernahme die Arbeitslosigkeit möglichst groß erscheinen lassen, um später umso leichter von einem Erfolg Hitlers reden zu können. Wenn man von der Uebertreibung des „Angriff" absieht, dann bleibt aber jedenfalls die Tatsache, daß auch nach Auffassung der Nationalsozialisten die unsichtbare Arbeitslosigkeit beträchtlich ist.

Die Arbeitslosenzahl vom 15. Februar dürfte voraussichtlich den Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit darstellen; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Frühjahr im Zusammenhang mit der politischen Beunruhigung, die auch nach den Wahlen nach allem, was man sieht und hört, kaum abnehmen dürfte, eine neue Steigerung eintritt. Auch darf man nicht übersehen, daß der Rückgang der deutschen Ausfuhr sich zu Jahresbeginn von neuem verschärft hat. Die Auswirkung dieses Rückgangs auf den Arbeitsmarkt muß man zunächst abwarten. Bedenklich ist der Rückgang schon deswegen, weil die Binnenmarktkaufkraft bereits außerordentlich geschwächt ist.

Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge umfassen heute wieder fast die Hälfte der Unterstützten. Im Anschluß an diese Feststellung darf man an den Reichsarbeitsminister wohl die Frage richten, was denn nun mit dem Plan zur Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe, der von Dr. Syrup ausgearbeitet wurde, geworden ist. Man kann verstehen, daß nach dem Wechsel der Regierung dieser Plan nicht mehr veröffentlicht wurde, aber man darf doch erwarten, daß die Oeffentlichkeit allmählich erfährt, was an Stelle dieses Planes treten soll.

In dem Bericht der Reichsanstalt wird auf die steigende Zahl der Jugendlichen hingewiesen, die von dem Notwerk der deutschen Jugend erfaßt werden. Damit sich nicht Legenden bilden, wollen wir rechtzeitig darauf aufmerksam machen, daß dieses Notwerk nicht von der gegenwärtigen Regierung, sondern von der Regierung Schleicher, genauer gesagt von Schleicher und Syrup aufgebaut worden ist.

Drei Wochen Drittes Reich!

Wo bleibt die Lohnerhöhung?

Vorstoß der Eisenbahnergewerkschaften

Die Eisenbahnergewerkschaften aller Richtungen haben an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, in der sie unter Hinweis auf den scharfen Wettbewerb des Kraftwagens die bestimmte Erwartung aussprechen, daß alle Maßnahmen unterlassen werden, die zum Schaden des Reichsbahnpersonals auslaufen müssen. Sie verlangen, der Reichsbahn in stärkerem Maße als bisher gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen, damit auf diese Weise der wirtschaftlich notwendige Bestand der deutschen Eisenbahnen und damit auch die Existenzgrundlage von etwa zwei Millionen Volksgenossen sichergestellt wird.

Tarifkämpfe der Melkermeister

Die Lohnabbaubestrebungen der Großagrarier haben bei den Forstarbeitern nicht halt gemacht, da sie auch bei den Melkermeistern, von denen es in Schlesien etwa 5000 gibt, Kürzungen bis zu 22 Prozent beantragt haben. Das Einkommen der Melkermeister setzt sich in der Regel aus Stücklohn, Deputat, Milchtantieme, Verkaufsprämien, Beköstigungsgeld und Wäschegeld für die Gehilfen, zusammen. Während das Stücklohn ungeändert bestehen bleiben sollte, wurden von der Arbeitgeberseite vornehmlich die Kürzung der Milchtantieme und der Wäsche- und Beköstigungsgelder gefordert.

Da die Melkermeister an keine Arbeitszeit gebunden sind, täglich 12 bis 16 Stunden zu arbeiten haben und auch keine Sonn- und Feiertage kennen, bedeuten die geforderten Kürzungen eine große unbillige Härte. Trotzdem wurde ein Schiedsspruch gefällt, indem eine Lohnsenkung von 5½ Prozent vorgesehen ist. Der neue Lohntarif soll eine Dauer vom 1. März bis 30. September 1933 haben.

„Tüchtige" Generalstreikler

aber nur mit dem Maul — Wenn es hart auf hart geht dann tuschen sie

Die Zeiten sind ernst. Auch die Führer der Kommunisten könnten das allmählich begriffen haben und dementsprechend dafür sorgen, daß ihre Presse mit dem albernen RGO.-Sieg-Schwindel nun endlich einmal aufhört. Mit ihrem RGO.-Sieg in Peine hat sie sich wieder einmal ein schönes Stückchen geleistet.

Bombastisch wurde über einen Streik in den Schrauben- und Mutternwerken in Peine berichtet. Der Betrieb ist seit längerer Zeit eine Hochburg der Kommunisten. Wiederholt sollte von hier aus zum Generalstreik aufgerufen werden. Die Berufung Hitlers zum Reichskanzler bot nach Ansicht des roten Betriebsrats die beste Gelegenheit dazu. Die Arbeiterschaft wollte aber nicht recht glauben, daß Hitler durch einen Streik bei den Schrauben- und Mutternwerken in Peine aus dem Sattel gehoben werde, und deshalb wurden noch einige andere Forderungen aufgestellt, so u. a. die Forderung, daß Betriebsfremde für vorübergehend Entlassene nicht eingestellt werden dürfen, daß die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten werden, daß die Streikleitung zur Verhandlungsführung berechtigt ist und dergleichen Dinge mehr. Für diese Forderungen wurde ein Tag „Generalstreik" [illegible] und am anderen Morgen meldete die kommunistische Presse, daß unter der alleinigen Führung der RGO. fast sämtliche Forderungen bei der Betriebsleitung durchgedrückt worden seien. Der „siegreiche" Streik, so wurde freudestrahlend erklärt, sei aber nur möglich gewesen, weil die Belegschaft eine rote Streikleitung gewählt und dadurch auch die Politik der KPD. und RGO. als richtig anerkannt habe.

Wie sah der siegreiche Streik in Wirklichkeit aus? Der Betriebsleiter forderte vor Arbeitsaufnahme die Entlassung des Vorsitzenden des roten Betriebsrats und — in geheimer Abstimmung beschloß die „revolutionäre" Belegschaft mit allen gegen nur drei Stimmen, der rote Betriebsrat sei zu entlassen. Die Belegschaftsmitglieder erhielten jeden eine Geldstrafe von 2 Mark wegen unerlaubten Verlassens der Arbeit auferlegt, dann erst durften sie wieder arbeiten. Der Streik war für die Arbeiter in vollem Umfang verloren.